

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 3,50 M., im Voraus zahlbar. Postbezug 4,25 M. einschließlich 40 Pfg. Postgebühren- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Jugend und Welt“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Welt“, „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönboß 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. - Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollstr. 65 D 8 u D 10-11, Postfach 10000 Berlin SW 68.

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparenthese
30 Pfennig, Restante alle 1.- Reichs-
markt „Kleine Anzeigen“ des selb-
stgedruckten Wort 25 Pfennig (wöchentlich zwei
mal gedruckt) jedes weitere Wort
12 Pfennig. Einmalige Anzeigen des ersten
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen 30 Pfennig
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wöchentlich
von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Nazi-Uniform verboten.

Ein Erlass des preußischen Innenministers.

Der preußische Minister des Innern hat am Mittwoch durch Erlass an sämtliche preußischen Polizeiverwaltungen das öffentliche Tragen der nationalsozialistischen Parteiuniform verboten. Der Erlass lautet:

„Auf Grund des allgemeinen Landrechts wird zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und Ordnung das öffentliche Tragen der sogenannten Parteiuniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einschließlich ihrer Unter-, Hüfts- und Nebenorganisationen für den Bereich des Freistaates Preußen verboten.“

Zur Uniform gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen, insbesondere den sogenannten Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und der Hitlerjugend, äußerlich zu bezeichnen, also auch Kleidungs- und Ausstattungsstücke (z. B. Armbinden), die durch bestimmte Form, Farbe, Schnitt usw. ein Merkmal der genannten Organisationen darstellen.

Ich ersuche alle Polizeibehörden, das Verbot mit allen polizeilichen Mitteln, gegebenenfalls auch durch Androhung und Festsetzung von Zwangsstrafen nachdrücklich durchzuführen. gez. Dr. Baensch.

Waffenbeschlagnahme in Berliner Nazi-Lokalen.

In den gestrigen späten Abendstunden wurden mehrere nationalsozialistische Verkehrslokale von Beamten der politischen Polizei des Polizeipräsidiums überraschend umstellt und die anwesenden Halbkreuzler nach Waffen durchsucht. In einer Gastwirtschaft in der Lützowstraße wurde einem Nationalsozialisten eine mit 8 schwarzen Schüssen geladene Maschinenpistole abgenommen. Bei einer Razzia in einem Lokal in der Nähe des Bahnhofs Bellevue beschlagnahmten die Beamten eine Schreckschuhpistole sowie mehrere Hieb- und Stichwaffen.

Fried-Versammlung in München verboten.

München, 11. Juni. (Eigenbericht.) Als Antwort auf das Uniformverbot der bayerischen Regierung will Hitler, wie er in einem Parteibefehl angeordnet hat, ab 14. Juni zunächst für die Dauer von 8 Monaten die gesamte Kraft seiner Propaganda auf Bayern konzentrieren. Als Auftakt galt eine Zirkusversammlung in München, in der neben ihm selbst auch der Herr Dr. Fried aus Thüringen auftreten sollte mit dem Thema: „Hinweg mit den Unterdrückten des erwachenden Deutschland“. Ein anderer Redner, der Bibliothekar des Bayerischen Landtags Dr. Buttman, sollte die geschmackvolle Frage behandeln: „Die Schwarzen am

Rhein — die Schwarzen in Bayern“, womit die Bayerische Volkspartei und ihre Regierung gemeint ist.

Die Polizeidirektion München hat diese Versammlung jetzt verboten.

ebenso jede andere Versammlung, die als Ersatz dienen könnte. Das Verbot wird wie folgt begründet:

„Die maßlos beleidigende und jeden anständigen Menschen anwidernde Sprache im Zusammenhang mit den heftigen Ergüssen der nationalsozialistischen Presse in den letzten Tagen läßt erkennen, daß die Versammlung nur darauf abzielt, die Staatsregierung verächtlich zu machen und zum Ungehorsam gegen die von ihr getroffenen Anordnungen aufzuwiegen. Die geplante Versammlung war daher als dem Strafgesetzbuch (§§ 110 und 185 Reichsstrafgesetzbuch) zuwiderlaufend zu verbieten.“

An der Begründung ist interessant, daß sie sich zweifellos auch auf die beabsichtigte Rede von Fried bezieht.

Hafenkreuzlerprozeß in Schweidnitz.

Die Ladung Hitlers.

Schweidnitz, 11. Juni. Der Landfriedensbruchprozeß gegen die 16 angeklagten Nationalsozialisten, der zur Zeit in der Berufungsinstanz schwebt, nahm heute mit der weiteren Vernehmung der Angeklagten seinen Fortgang. Die Angeklagten geben im allgemeinen die ihnen von der Anklage vorgeworfene Körperverletzung zu, behaupten jedoch durchweg, in Notwehr gehandelt zu haben.

Die Verhandlung nahm wie die gestrige einen bewegten Verlauf. Nach der Verlesung von zwei Flugblättern kam es sogar zu einem Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden, wobei sich dieser genötigt sah, dem Verteidiger das Wort zu entziehen. Die Vernehmung der Angeklagten ist noch nicht abgeschlossen.

Fried als Sachverständiger.

Schweidnitz, 11. Juni. Im Nationalsozialistenprozeß erklärte der Verteidiger Dr. Frant heute, daß die Staatsanwaltschaft den Berliner Kriminalkommissar Sturm als Sachverständigen geladen habe, behalte sich aber vor, einen politischen Gegensechverständigen zu benennen, und zwar nenne er heute schon den thüringischen Staatsminister Fried. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Angeklagten, bei dem morgigen Erscheinen ihres Führers Hitler sich jeder Quatsch im Gerichtssaal zu enthalten. Daraus wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Carols Staatsstreich.

Eine Nation in Erstaunen.

Bukarest, Pfingsten 1930 (Eig. Bericht).

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus und große Männer zeigen ihr Kommen an, indem sie durch ihre Anhänger die Gegner hinter Schloß und Riegel bringen lassen. Ist dann die Bombe geplatzt und ein König vom Himmel gefallen, so sperren sie Draht und Post, Zug und Flugzeug, verbieten den Autoverkehr und verhängen den Ausnahmezustand, stürzen eine Verfassung und neigen sich einer Idee zu, die man in Italien und Rußland, in Spanien und Griechenland, in der Türkei und in Polen Diktatur nennt oder nannte. Ueberzeugungen fallen und Eide werden gebrochen, eine Königin verläßt fauchend die Städte ihres Wirkens und ein Ordensregen ergießt sich über die, die der Sache zum Triumph verhalfen. Kombinationen werfen Kombinationen um, Zivilisten machen in höchster Politik und Militärs rasseln mit dem Säbel, über dem Lande liegt eine bleierne Atmosphäre und die Szenerie in der rumänischen Hauptstadt, von strahlender Sonne und tiefstem Blau der Unendlichkeit überzogen, riecht ein bißchen nach Spannung, nach Explosion. Was bringt die kommende Stunde, der morgige Tag? ... Die Schültern zucken und der Blick richtet sich erwartungsvoll hinauf zu denen, die dies Spektakel arrangierten, zu den Marionetten, die an Stricken baumeln und von Hintermännern dirigiert werden, die gleich feindlichen Feldherren die Situation verschleiern und aus ihrem Herzen eine Mördergrube machen. Und doch wird die Welt beruhigt durch den offiziellen Spruch, den die Regierung hinausfunkelt in die vier Richtungen des Windes: „In Bukarest nichts Neues, ganz Rumänien wird von vollendeter Ruhe beherrscht!“

Dabei gäbe es etwas Neues, so eine kleine pikante Affäre, die man Staatsstreich nennt. Gar nicht romantisch, gar nicht sensationell: ein Flugzeug neigt sich zwei Stunden vor Mitternacht den Hangars eines nur spärlich beleuchteten privaten Flugplatzes in der Bukarester Peripherie zu, ein Potez setzt federnd die Räder auf rumänischen Boden, ein Mann zeigt einen auf den Namen Eugen Nicolas ausgestellten rumänischen Paß vor, seines Zeichens Chauffeur bei der rumänischen Gesandtschaft in Paris, und betritt zum erstenmal seit fünf Jahren den Boden seiner Heimat. Militär sperrt unter dem Vorwande einer plötzlichen Inspektion das Gelände ab, hohe und höchste Offiziere der Bukarester Fliegertruppe salutieren und legen den Treueid in die Hände eines Mannes, der gestern noch den höchst zivilen Namen Carol Careimann trug und heute schon König Carol II. von Rumänien ist.

In München war das Flugzeug gemietet und bestiegen worden. Der Flug ging über Wien, die Tschechoslowakei, Budapest, Oradea-Mare und Klausenburg und die Ankunft in Bukarest war den Freunden Carols durch ein in München expediertes chiffriertes Telegramm angezeigt worden: „Ankomme mit der ganzen Familie zweiundzwanzig Uhr — Cica“. Nur wenige Persönlichkeiten waren von den direkten Plänen unterrichtet. Die rumänische Gesandtschaft in Paris hat sich z. B. strikt geweigert. Carol einen Paß zur Reise nach Rumänien auszustellen. Man bediente sich deshalb des Chauffeurs der rumänischen Gesandtschaft in Paris, der für sich einen Paß beantragte und ihn einem Mitgliede der rumänischen Militärmission aushandigte, der das Bild des Chauffeurs mit dem des Prinzen vertauschte, ordnungsgemäß die deutschen, österreichischen, tschechischen und ungarischen Visen bei den Pariser Konsulaten einholte und die ganze Reise auf den Namen des „Nicolas“ aufzog. Von Paris bis München benutzte Carol und sein Begleiter, Hauptmann Pop, die Eisenbahn. In München wurde das Flugzeug bestiegen, das bis zur rumänischen Grenze durchflog, bei Oradea-Mare jedoch eine Notlandung vornehmen mußte, da das Öl ausgegangen war. Auf einen Funkpruch hin entsandte die Garnison Klausenburg einen Militärflieger, der die Münchener Maschine eine Stunde nach der Notlandung fand. Er konnte in Anbetracht des außerordentlich ungünstigen Landungsgebietes nur mit großen Schwierigkeiten neben der Maschine des Prinzen niedergehen. Nachdem die Münchener Maschine Öl übernommen hatte, setzten die beiden Flugzeuge ihre Fahrt nach Klausenburg fort. Während das rumänische Kampfflugzeug bereits den Klausenburger Flughafen erreicht hatte, wartete man hier vergeblich auf den deutschen Apparat. Viertelstunde auf Viertelstunde verging, ohne daß die deutsche Maschine in Sicht kam. Wiederum wurde ein rumänischer Militärflieger entsandt, der das deutsche Flugzeug in der Nähe der Ortschaft Badul Criului vorfand, wo es wegen Benzinmangels niedergehen mußte. Der Prinz stieg jetzt in die rumänische Maschine, flog nach Klausenburg, wechselte hier auf dem Flugplatz seine Zivilkleider mit der Uniform eines Fliegergenerals

Reichstag bis Mitte Juli.

Der Notetat muß voraussichtlich verlängert werden.

Am kommenden Montag nimmt der Reichstag seine Arbeit wieder auf. Auf der Tagesordnung seiner ersten Sitzung stand bisher die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Da Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald jedoch mitgeteilt hat, daß die vom Reichskabinett beschlossene Vorlage über die Wenderung der Arbeitslosenversicherung dem Reichstage an diesem Tage noch nicht vorliegen wird, so ist eine Umstellung der Tagesordnung notwendig. Statt des Arbeitsetats wird der Etat des Reichsministeriums des Innern zuerst zur Beratung gelangen.

Auch der Haushaltsausschuß des Reichstages nimmt am Montag seine Beratungen mit der allgemeinen Finanzdebatte wieder auf.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wird die vom Reichskabinett beschlossenen Deckungsvorlagen begründen.

In diesem Gremium wird also auch die erste Klärung der Stellung der Parteien zu diesen Fragen stattfinden. Da aber die Gesetzentwürfe noch nicht vorliegen, so kann es sich nur um eine vorläufige Stellungnahme handeln. Wann die Gesetzentwürfe über die Arbeitslosenversicherung, das Notopfer, die Bedigensteuer usw. den Reichstag beschäftigen werden, steht noch nicht fest. Sie werden erst in den nächsten Tagen

dem Reichsrat zugeleitet werden, da sie im Reichsfinanzministerium bisher überhaupt noch nicht endgültig festgestellt worden sind. Selbst wenn der Reichsrat außergewöhnlich schnell arbeitet, dürfte er mit ihnen kaum vor Ende der nächsten Woche fertig werden, so daß sie dem Reichstag frühestens in der übernächsten Woche zugehen können.

Unter diesen Umständen ist es fast sicher, daß die Verabschiedung des Etats und der umfangreichen Deckungsvorlagen nicht mehr rechtzeitig vor dem 1. Juli erfolgen kann.

Deshalb muß der Notetat, der am 30. Juni abläuft, noch einmal verlängert werden.

Dem Reichstag steht also eine arbeitsreiche Tagung bevor. Bei der Bedeutung der dringlichen Vorlagen wird die Sozialdemokratie verlangen, daß die gründliche Beratung den Vorrang erhält vor dem erfahrungsgemäß sehr starken Ferienbedürfnis des Reichstages. Selbst wenn also auch das Ausgaben- und Einnahmengesetz, zu dem das Reichskabinett erst am kommenden Freitag Stellung nehmen will, bis zum Herbst verschoben wird, ist an eine Vertagung des Reichstages vor Mitte Juli nicht zu denken.

unter Anlegung seines vollen Ordensschmudes. Zehn Minuten später hatte Carol den Klausenburger Flugplatz bereits verlassen. In Begleitung von zwei Patronenflugzeugen erreichte er nach drei Stunden Bukarest. Hier begab sich Carol sofort im Automobil zu den Bukarester Kasernen des 9. Infanterie- und des 2. Jägerregimentes, die er kurz besichtigte und sich von den anwesenden Generalstabsoffizieren den Treueid leisten ließ. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß die Armee auf seiner Seite war, fuhr Carol zum Schlosse Cotroceni, wo ihn sein Bruder Nikolaus gegen Mitternacht empfing. Die Schlachtwache leistete bei der Ankunft im Schloßhof die Ehrenbezeugung. Ministerpräsident Maniu war unmittelbar nach dem Eintreffen Carols in Bukarest von der Landung telephonisch verständigt worden und erschien nach wenigen Minuten im Schlosse Cotroceni. Auf die Begrüßungsworte Carols: „Herr Maniu, ich bin nach Rumänien zurückgelehrt“ antwortete der Premier: „Herzlich willkommen, Hoheit!“ Carol fuhr fort: „Ich glaube einen großen Fehler zu begehen, wenn ich auch weiterhin meinem Lande ferngeblieben wäre. Durch meine Abwesenheit aus Rumänien sind fortwährende Unruhen im Lande entstanden und der wirtschaftliche Kredit Rumäniens ist gefährdet. Es ist daher besser, wenn ich wieder im Lande bin.“

Von diesem Augenblick an überstürzten sich die Ergebnisse, Regierungen gehen und kommen, Demission folgt auf Demission, Bukarest gleicht einem Mobilmachungstage und die Uniformen geben den Ton an. Das „liberale“ Lager derer um Bratianu und Duca spaltete sich und die Presse, die gestern noch dem „Abenteurer“ den Kampf bis aufs Messer angesagt hatte, jubelt jetzt Carol II. zu. Die Glocken läuten von den Türmen und Salutschüsse durchheilen den jungen Morgen. Ein Kind von einem Könige hat ausgehört Monarchie zu sein und die Hintermänner dieses Kindes und die Arrangiere der damaligen Abdankung des Thronfolgers schäumen hinter verschlossenen Türen vor Wut. Vergessen sind Weibergeschichten und Prinzensprüche. Das Volk rast, ohne zu wissen, wofür, aus den Fenstern die Bilder der Herren von Geisern und Carols Porträt, gestern noch mit Gefängnis bedroht, nimmt den Weg vom staubigen Boden hinein in das greifste Scheinwerferlicht des Heute. Politiker werden Kinder und Patriarchen weinen, der Frühling tut das Seinige an Milde und Frohsinn, und ein Ministerpräsident zuckt die Achseln und wäscht die Hände in Unschuld.

Gewagt war der Sprung von Paris nach Bukarest, gefährlich waren die Konsequenzen, die in ihrer Reichweite auch heute noch nicht völlig zu übersehen sind. Fest steht jedoch, daß Maniu bereits seit langer Zeit mit dem Prinzen verhandelte und sich mit ihm dahingehend geeinigt hatte, um ins Land zurückzukehren, um an der Regentenschaft teilzunehmen. Die Frage der sofortigen Ausrufung zum Könige war von Maniu stets abgewiesen worden. Von diesen Verhandlungen des Ministerpräsidenten wußten nur wenige Regierungsmitglieder. Erst 48 Stunden vor dem Staatsstreich sicherten Einzelheiten durch. Von dem Augenblick des Betretens rumänischen Bodens wandelte sich die Gemütsart des Prinzen als Regent zur offenen Forderung der Königswürde, der sich angelegentlich der Haltung der Armee für Carol auch Maniu nicht widersehen konnte. Die Regierung demissionierte, der bisherige Außenminister Mironesku wurde mit der Bildung einer Übergangsregierung betraut und am Pfingstsonntag rief die Nationalversammlung Carol zum König aus. Die Zeitungen durchbrechen die Sonntagruhe und machen in ungezählten Ausgaben von Extrablättern Bombengeschäfte. Eine Nation ist in Ekstase und wartet ergeben auf die Bestimmung....

Maniu lehnt ab.

Bukarest, 11. Juni abends.

Das Exekutivkomitee der Nationalrepublikanischen Partei hat in späterer Nacht beschlossen, die Bildung der neuen Regierung abzulehnen. Ministerpräsident Maniu begab sich sofort zum König und erklärte diesem, daß er mit Rücksicht auf den Beschluß des Exekutivkomitees der Partei den Auftrag zur Regierungsbildung nicht annehmen könne. Maniu hat dem König nunmehr die Bildung einer Konzentrationsregierung unter Führung eines Spitzenpräsidenten der Nationalen Bauernpartei oder des General Praes angedeutet.

Vor dieser neuesten Wendung hatte B.Z. aus Bukarest gemeldet:

Man erwartet hier, daß das neue Kabinett bis morgen zu Lande kommen wird. König Carol hatte ursprünglich die Absicht, ein Ministerium der nationalen Koalition zu bilden, doch scheinen seine darauf gerichteten Bemühungen gescheitert zu sein, und zwar hauptsächlich infolge der Weigerung Manius, die Führung einer anderen als einer Parteiregierung zu übernehmen. Maniu besteht auch darauf, daß ihm im Falle seiner Betrauung die Auswahl seiner Minister überlassen bleibe und daß diese nicht durch den König designiert werden.

In diesem Punkt scheinen ziemlich ernste Meinungsverschiedenheiten bestanden zu haben.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich jedoch der Standpunkt Manius durchsetzen, so daß mit der Bildung eines neuen national-republikanischen Kabinetts unter Maniu gerechnet werden kann. König Carol scheint jedenfalls entschlossen zu sein, den Boden des Parlamentarismus nicht zu verlassen. Eine Auflösung der Kammer kommt deshalb ebensowenig in Frage, wie die Bildung einer Militärregierung. Die Pressefreiheit ist in keiner Weise eingeschränkt.

Die „liberale“ Partei hat zwar den Ton ihrer Kundgebungen gegen König Carol bedeutend gemildert, doch ist eine entscheidende Aenderung ihres Standpunktes nicht vor Herbst zu erwarten. Die „liberalen“ Führer sind sich vollkommen bewußt, daß sie sich

mit der Bekämpfung König Carols in das republikanische Fahrwasser

begaben. Gerade das wird aber von vielen Liberalen in Anbetracht der Nachbarschaft Sowjetrußlands als ein gefährliches Spiel betrachtet. Die dissidentierende Gruppe innerhalb der liberalen Partei veranlaßt heute eine Loyalitätskundgebung für König Carol.

Nach Blättermeldungen hat der König die Regierung ersucht, die Führer der Liberalen Partei, die im Klub der Liberalen Partei beleidigende Reden gegen ihn gehalten haben, nicht gerichtlich zu verfolgen. Er wünscht dadurch zu beweisen, daß er aufrichtig eine Befriedigung des Landes erstrebt.

Rebellion gegen Moldenhauer.

Die Volkspartei verwirft die Kernstücke seines Programms.

An der Berliner Börse war am Mittwoch das Gerücht von einem Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer verbreitet. Wie sich auf Nachfrage an amtlicher Stelle ergab, entbehrt das Gerücht „zurzeit“ jeder Grundlage. Bei dieser amtlichen Auskunft wird man den Nachdruck auf das Wort „zurzeit“ legen müssen. Denn es ist seit längerer Zeit bekannt, daß Herr Dr. Moldenhauer bereits mehrfach den Rücktritt erwogen hat und sicherlich gerne eine günstige Gelegenheit benützen würde, um das vorzeitig und nicht sehr überlegt angenommene Amt wieder loszuwerden.

Herr Moldenhauer steht der Tatsache gegenüber, daß der von ihm vertretene Deckungsplan, insbesondere das Rotopfer, von seiner Fraktion abgelehnt wird. Die „Königliche Zeitung“ veröffentlichte am Mittwoch morgen einen Aufsatz „Warnung in letzter Stunde“, in dem es heißt:

„Auch darüber wird man sich nicht im Zweifel sein dürfen, daß jede Neueinnahme, die sich das Reich so oder so beschafft, eine neue Belastung der Gesamtwirtschaft darstellt. Unter diesen Gesichtspunkten sollte von allen Beteiligten und Unbeteiligten der Plan der Reichsregierung betrachtet werden, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 Proz. heranzusetzen, um 200 Millionen Mark zu gewinnen und von den Festbesoldeten eine Reichshilfe einzuziehen, die rund 300 Millionen Mark einbringen soll.“

Beide Absichten widersprechen, darüber ist kein Zweifel möglich, der von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in vollem Einvernehmen mit der gesamten Partei bisher geführten Politik.

Auch der Finanzminister Moldenhauer, der in diesen Dingen, wie es scheint, ausführendes Organ des Reichsfinanzministers ist, wird sich dessen bewußt sein müssen. Die Volkspartei, die es vor wenigen Monaten ablehnte, dem von Stegerwald und den christlichen Gewerkschaften geforderten Rotopfer der Festbesoldeten zuzustimmen, obwohl doch damals von besagten Festbesoldeten nur ein Abzug von Einnahmen, wie er dem Arbeitnehmerbeitrag zur Arbeitslosenversicherung entspricht, obwohl also damals nur 1 1/2 Proz. des Einkommens gefordert wurden, kann jetzt nicht gutheißen, was sie damals mit einem Widerstand, der bis zur Rabenstirne führte, bekämpfte.

Oder hat sich inzwischen in der Situation so viel geändert, daß eine Schwenkung um 180 Grad vor den Wählern verantwortet werden kann?

Der Staat nimmt einseitig eine Gehaltsenkung vor. Wer diesen Weg billigt, pflegt einzuwenden, daß es jeder einen anderen nicht gäbe, um aus der augenblicklichen Katastrophe herauszukommen. Wirklich? Hat nicht dieselbe Regierung Bränning noch vor kurzer Zeit eine Erhöhung der Biersteuer für tragbar gehalten, die um 25 Proz. über das hinausging, mit dem sie sich schließlich begnügte? Ist wirklich aus der Zigarette nichts mehr herauszuholen? Und vor allen Dingen: Soll denn immer und immer wieder nur das Reich alle gemeinsamen Lasten tragen? Sollen die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden immer weiter steigen? Besorrt man auch jetzt wieder dem Reich neue Ein-

nahmen zuzuführen, muß man das Neuherrstücken, um die Ausgaben zu vermindern.

Die Reichshilfe der Festbesoldeten stellt keine echte Ausgabenverminderung dar. Sie ist vielmehr eine Einnahmevermehrung, also das Falscheste, was man zur Zeit tun kann. Sie ist eine echte Belastung nicht nur der Festbesoldeten, sondern der gesamten Wirtschaft, denn sie entzieht dem inneren Markt neue 300 Millionen Mark. Sie spart nicht am Ueberflüssigen, sondern an falscher Stelle.

Eine solche Politik kann die Deutsche Volkspartei unmöglich treiben. Sie würde sich mit ihren Anhängern überwerfen und ihre Gesamthaltung verleugnen.

Das ist ein bißchen zuviel, um der schönen Augen der Wirtschaftsreformer willen, die ihre Schulung in München-Grubbad erhalten haben.“

Dieser Aufsatz, der eine vernichtende Kritik an den Deckungsplan wie an Finanzminister Moldenhauer in sich schließt, ist, wie die „Königliche Zeitung“ mitteilt, von einem Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei verfaßt. Es ist jedoch keine Privatartikler, sondern eine offiziöse Parteiveröffentlichung. Der Verfasser ist Mitglied des Fraktionsvorstandes, und der Artikel ist auf Wunsch des Vorstandes der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei verfaßt.

Erhöhung der Beiträge bei der Arbeitslosenversicherung und Rotopfer aber sind die Kernstücke des neuesten Finanzprogramms. Was tut ein Finanzminister, dem seine Fraktion die Kernstücke seines Programms ablehnt?

Wir haben durchaus Verständnis für die Schwierigkeiten, mit denen gegenwärtig jeder Reichsfinanzminister rechnen muß. Wir haben infolgedessen Herrn Dr. Moldenhauer auch stets jene mildernden Umstände bewilligt, auf die jeder Finanzminister der Gegenwart Anspruch erheben kann. Deshalb hat die Sozialdemokratie auch niemals, trotz ihrer Stellung als Oppositionspartei, in den Chor jener Besserwisser eingestimmt, die heute anbeten, was sie gestern verdammt haben. Ihre Haltung zum Finanzminister des Rechtsblocks war stets durch sachliche Erwägungen gegenüber einer von ihr bekämpften Politik bestimmt.

Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß die Schwierigkeiten, vor denen Herr Moldenhauer gegenwärtig ziemlich ratlos steht, durch seine Schuld vergrößert worden sind. Bis vor wenigen Wochen hat er sich dem Ernst der Finanzsituation Deutschlands völlig verschlossen, hat er baldige Steuererleichterungen in Aussicht gestellt, obwohl sie von ihm selbst, trotz größter Optimismus, nicht für möglich gehalten werden konnten. Mehrfach mußte er in kürzester Frist das Gegenteil von dem tun, was er versprochen hatte. Daß unter diesen Umständen die ihm üppig gespendeten Vorhofsorbeeren bald aufhörten und sein Ansehen empfindlich leiden mußte, ist nicht begräulich. Ebenso wenig kann es aber auch vermieden werden, daß seine Gegner in erster Linie im Lager seiner Parteifreunde zu finden sind und ihm nun die Gefolgschaft versagen.

Reichswehr und Gemeinden.

Kosten der Garnisonverlegungen.

Die preussische Staatsregierung hat dem Bundtag auf Grund eines Entschließungsantrages eine Uebersicht über die einmaligen und dauernden Ausgaben von Gemeinden und Kreisen der östlichen Grenzgebiete aus Anlaß von Garnisonverlegungen gegeben. Die einmaligen Ausgaben, die in der Hauptsache durch Neu- und Umbauten von Kasernen, Offiziersheimen und durch Ankauf neuer oder Vergrößerung vorhandener Exerzierplätze usw. entstanden sind, betragen danach rund 19 Millionen Mark, die dauernden Ausgaben, bedingt durch Verzinsung und Tilgung ausgenommener Anleihen, jährlich rund 1130 000 Mark. Ganz besonders hart betroffen sind die schlesischen Garnisonsstädte, von denen wieder Oppeln mit 3 660 000 Mark, Sagan mit 2 700 000 Mark, Reife mit 2 600 000, Schweidnitz mit 2 421 172 Mark und Sprottau mit 1 800 000 Mark einmaligen Ausgaben zu nennen sind. Daneben haben diese Städte teilweise sehr umfangreiche dauernde Ausgaben zu leisten.

Das Staatsministerium macht darauf aufmerksam, daß diese Zusammenstellung keineswegs ein völlig zutreffendes Bild gebe, da die Gemeinden bei der Angabe der ihnen aus Anlaß von Garnisonverlegungen erwachsenden Ausgaben aus nobelstehenden Gründen vielfach zurückhaltend gewesen seien. Es gehe auch aus der Aufstellung nicht hervor, ob und in welchem Umfang den Aufwendungen der einzelnen Städte Vorbehalte gegenüberstehen, die sich für die Gemeinden aus der Beibehaltung oder Verlegung der Garnison ergeben haben oder voraussichtlich ergeben werden.

Diese Uebersicht des Preussischen Staatsministeriums gibt einen Einblick aus dem sehr unerfreulichen Kapitel „Reichswehr und Gemeinden“. Die früheren Garnisonsstädte haben aus wirtschaftlichen Gründen natürlich ein großes Interesse an dem Verbleiben einer Garnison und sind auch bereit, dafür einen hohen Preis zu zahlen. Verschiedene Fälle haben aber gezeigt, daß die Reichswehr die Zwangslage vieler Städte in in ganz ungebührlicher Weise ausnützt und Ansprüche stellt, welche die städtischen Finanzen auf das schwerste belasten. Die vom Staatsministerium veröffentlichten Zahlen lassen jedenfalls erkennen, in welchem Umfang der Säckel der Garnisonsstädte bei Truppenverlegungen beansprucht wird.

Der Fall Hoehne.

Kultusminister Grimme fordert Bericht ein.

Zu den Fressanmeldungen über ein Eingreifen des preussischen Kultusministers gegen den Rektor der Universität Greifswald, Professor Hoehne, stellt der Anstaltliche Preussische Pressedienst fest:

Es handelt sich nicht um den Rektor der Universität, sondern um den früheren Rektor, also jetzigen Direktor Professor Hoehne. Professor Hoehne hat zu der Zeitschrift, der sogenannten „Allgemeinen Studentenschaft“, die in schärfster Gegnerschaft zu der heutigen

Staatsform steht und dieser Gegnerschaft dauernd durch ihre Kundgebungen Ausdruck gibt, ein Vorwort geschrieben. Der Preussische Kultusminister Grimme hat wegen dieses Vorfalls von Professor Hoehne Bericht eingefordert.

Ausgewiesen für 31 000 Mark!

Oder: „Die Herrschaft der Hochwertigen.“

München, 11. Juni. (Eigenbericht.)

In dem Münchener Beleidigungsprozeß des Rechtsanwalts Dr. Jung, der das anmaßende Buch „Die Herrschaft der Rinderwertigen“ geschrieben hatte, gegen die verantwortlichen Redakteure der „Münchener Post“ und der „Bäylischen Post“ sprach das Gericht am Dienstag sein Urteil. Die beiden Angeklagten erhielten wegen übler Nachrede die ungläublich hohe Strafe von je 1000 M. bzw. 20 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten. Es hatte den Autor der „Rinderwertigen“ also besonders hoch gewertet.

Der Richter fand in der Begründung seines Urteils es durchaus am Platze, daß Dr. Jung für seine Ausweisung aus der Pfalz 31 000 Mark Unterstufungsgelder erhielt. Er stellte weiter mit einem gewissen Staunen fest, daß Jung auf weitere Unterstützung „großmütig verzichtete“ und sich durch diese Regelung für befriedigt erklärt hatte. Den Schluß der Reichsregierung für Berichte aus öffentlichen Sitzungen des Parlaments tut die Urteilsbegründung einfach damit ab, der inkriminierte Artikel stelle gar keinen wahrheitsgetreuen Bericht über die Verhandlung des Landtagsauschusses dar. Die Aussagen der Zeugen zeigten nach Ansicht des Berichtes nicht aus, um den Wortlaut der Auslegungen, die den Kern der Artikel bildeten, einwandfrei festzustellen. Dabei hatten zwei Abgeordnete, ein Regierungsoverreter und ein Ausschussberichterstatter über Sinn und Inhalt dieser Uebersetzungen fast übereinstimmend das gleiche bezeugt! Die verurteilten Redakteure werden gegen das Urteil Berufung einlegen.

Nach 20 Kerkerjahren begnadigt.

Und aus Argentinien ausgewiesen.

S. Radomisky wurde 1910 als Neunzehnjähriger wegen eines Attentates auf den Vizegouverneur von Buenos Aires, Colonel Falcon, — den berühmtesten Verfolger sozialistischer Organisationen, der für die blutige Unterdrückung der Maidemonstration 1909 verantwortlich war — zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Die Arbeiterchaft betrachtete Radomisky als Märtyrer ihrer Sache und versuchte wiederholt, seine Freilassung zu bewirken. Nun ist Radomisky nach 20jähriger Haft — die letzten Jahre in der argentinischen Strafkolonie Ushala im Feuerland — durch einen Gnadenakt des Präsidenten Frigoyen freigelassen worden. Gleichzeitig ist ihm ein Ausweisungsbefehl zugestellt worden, dem er Folge geleistet hat. Radomisky ist um die Einreisebewilligung nach den Vereinigten Staaten bemüht, wo seine Eltern in Milwaukee leben. Seine Begnadigung ist in der Hauptsache auf die jahrelangen Bemühungen der Gewerkschaften und der Arbeiterorganisationen zahlreicher Länder zurückzuführen. Besonders lebhaft hat sich der mexikanische Gewerkschaftsbund für die Freilassung Radomiskys eingesetzt.

Bestechungsgelder für Bürgerblock.

Geheimes Rundschreiben zum sächsischen Wahlkampf.

In einem Augenblick, wo die deutschen Unternehmerverbände auf der ganzen Linie nach Lohnabbau schreien, weil sie angeblich nicht mehr existieren können, geben die sächsischen Industriellen ein Rundschreiben heraus, das die Mitglieder auffordert, tief in den Säckel zu greifen und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie einige Millionen Mark in den Wahlkampf zu werfen. Es ist wirklich ein günstiger Wind, der gerade in diesem Zeitpunkt das Geheimschreiben in die Öffentlichkeit geweht hat:

Verband Sächsischer Industrieller

3. M. 6/30.

Betrifft: Dresden, den 31. Mai 1930.
Landtagswahlen 22. 6. 1930. Bürgermeierei 24. I.

An unsere Mitglieder!

Am 20. Mai wurde der Sächsische Landtag aufgelöst, nachdem es kurz zuvor gelungen war, eine Regierung zu bilden, die aus verschiedenen äußeren und inneren Gründen gewisse Hoffnungen auf eine Beständigkeit begründete. Die Ursachen der Auflösung sind faktisch bekannt; wir brauchen also hier nicht darauf einzugehen.

Auch darüber bedarf es vor Ihnen gewiß keiner Ausführung, was von dem

Ergebnis der Neuwahlen abhängt

und welche Schwierigkeiten diese bieten. Die Industrie, das wirtschaftliche Rückgrat des sächsischen Staates, hat in ihrem schweren Kampfe um ihren ungefähren Bestand innerhalb eines parteigekünstelten Gemeinwesens jede Ursache, ihre

Interessen in dem Wahlkampfe

zu vertreten. Unserem Verbands, der seine parteipolitische Neutralität betont, erwächst die Aufgabe, den wirtschaftsfeindlichen Richtungen der Parteipolitik, die gerade in einer Zeit der allgemeinen Depression zu einer verhängnisvollen Herrschaft drängen, Widerstand zu leisten und die Kräfte nachdrücklich zu unterstützen, die für eine positive und wirtschaftsfreundliche Politik eintreten. Mit Worten allein ist es in Anbetracht des großen Aufwandes der margifischen Parteien, die bekanntlich seit langem zu dieser Neuwahl rüsten, nicht getan.

In dieser Erkenntnis hat unser Vorstandsrat einstimmig beschlossen, alle Verbandsmitglieder zu einer Wahlspende aufzufordern. Die Höhe des Beitrages ist nicht begrenzt, doch hält es der Vorstandsrat nach reiflicher Erwägung für unbedingt notwendig, daß

jede Mitgliedsfirma wenigstens 1 Mark für jede in dem Betriebe beschäftigte Person

entrichtet. Für freiwillige, d. h. über diesen Mindestbeitrag hinausgehende Spenden wäre der Vorstandsrat besonders dankbar.

Das „Wahlkonto“ des Verbandes ist bei der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt zu Dresden-L., Altmarkt 16 (deren Postfachkonto lautet: Dresden Nr. 172), errichtet. Dorthin bitten wir den erwähnten Beitrag zu überweisen.

Wir kennen die Lage, in der sich heute die Unternehmerschaft befindet. Wir wissen aber auch, daß die Lage, die es zu bessern gilt, schlimmer werden würde, wenn wir uns jetzt nicht gemeinsam zu einer besonderen Anstrengung entschließen, denn die Gefahr, daß die Wahlen vom 22. Juni 1930

eine Unabwärtige Mehrheit

in den Landtag führen, ist ernst. Deshalb hat auch der Vorstandsrat die feste Erwartung ausgesprochen, daß alle Mitglieder einmütig seinem Appelle folgen und dem Verbands durch rechtzeitige Zuweisung der Wahlbeiträge die Mittel verschaffen werden, die ihm einen wirksamen Abwehrkampf ermöglichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verband Sächsischer Industrieller

geg.: Wilhelm Wille. Franz Niehse.
Vorpräsident. Syndikus.

Die „Frankfurter Zeitung“ stellte vor kurzem fest, daß die sächsischen Industriellen nur deshalb so erbitterte Gegner einer Regierung unter führender Beteiligung der Sozialdemokratie gewesen seien, weil eine solche Regierung ihren Plänen auf Lohnabbau im Wege gestanden hätte. Nun wissen wir, weshalb der Verband Sächsischer Industrieller in geradezu schamlos offener Weise den Wahlkampf der bürgerlichen Parteien finanziert.

Immer neue Lebensmittelkarten.

Verschlechterung der Versorgung Moskaus.

Der Telegraphen-Union zufolge wird aus Moskau amtlich gemeldet, daß sich in der letzten Zeit die Versorgung Moskaus mit Lebensmitteln sehr verschlechtert hat. Die Zentral-Kommission für die Versorgung mit Lebensmitteln der Stadt Moskau hat an den Handelskommissar Moskau ein Gesuch gerichtet, in dem sie erklärt, daß in der letzten Zeit die Versorgung Moskaus mit Lebensmitteln stark gefährdet sei und daher besondere Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Versorgung der Stadt zu regeln. Sie verlangte sofortige Ausgabe von neuen Lebensmittelkarten für andere Lebensmittel, die bis jetzt noch nicht eingeteilt waren. Das Kommissariat für Lebensmittel hat versprochen, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Zustimmung der Moskauer Bevölkerung zu beschleunigen.

Massenhinauswurf von Intellektuellen aus der R.D. Rußlands.

Nach weiteren Meldungen der T.U. aus Moskau wurde auf der Sitzung der Moskauer Parteikonferenz am Montag mitgeteilt, daß im Laufe des letzten Jahres aus der Moskauer Parteiorganisation 14 000 Kommunisten ausgeschlossen worden seien. Von den Ausgeschlossenen sind 7 Proz. Bauern und 9 Proz. Arbeiter; die übrigen sollen der Intelligenz angehören.

Die Auflegung der Young-Anleihe.

Das Reichsanleihe-Konfortium hat unter Leitung der Reichsbank gestern die deutsche Ausgabe der internationalen 5 1/2 prozentigen Younganleihe des Deutschen Reichs in Höhe von 26 Millionen Mark übernommen.

Das Anleihekonfortium wird am 12. und 13. Juni die Anleihe zur öffentlichen Zeichnung zu einem Kurs von 90 Proz. auslegen. Zeichnungstellen sind die Mitglieder des Reichsanleihe-Kon-

Die Weisen aus dem Abendlande.



„Also, da gehts ins gelobte Land!“



„Kaufen? Wovon?“

Budgetskandal in Frankreich.

Sieben Milliarden Reserven (1150 Millionen Mark) spurlos verschwunden!

Paris, 11. Juni (Eigenbericht)

Der Berichterstatter der Finanzkommission der Kammer hat festgestellt, daß aus den Reserven des Schatzamtes

sieben Milliarden Franken verschwunden

sind. Die Mitteilung darüber hat in parlamentarischen Kreisen eine Bestürzung ausgelöst, deren Rückwirkungen auf politischem Gebiet vorerst noch nicht abzusehen sind.

Die Vorgeschichte der Affäre hängt aufs engste mit Tardieus berühmtem „Amerikanischem“ Milliardenprojekt zur Hebung von Handel, Industrie und Landwirtschaft zusammen. Man erinnert sich, daß seit dem Ende des Poincaréschen Regimes in Frankreich eine steigende Unzufriedenheit mit der Sparpolitik der Regierung sich geltend machte, die, anstatt die aus den Steuereinnahmen erzielten Milliardenüberschüsse zu produktiven Zwecken zu verwenden, das Geld dem Staatsfiskus zuführte und als tote Reserve liegen ließ. Diese Politik des „Chéron'schen Sparstrumpfes“ führte seinerzeit zum Sturz des ersten Kabinetts Tardieu, da das Parlament sich weigerte, die Politik Chéron's weiter mitzumachen und der gestürzte Finanzminister das ganze Kabinett mit sich riß. Als Tardieu das zweitemal ans Ruder kam, überprüfte er das Land mit der Erklärung, die Regierung werde die angesammelten Reserven — sie wurden von Chéron auf 19 Milliarden Franken beziffert — im Rahmen eines riesigen Programms zur Hebung von Handel, Industrie und Landwirtschaft und zur Befruchtung des gesamten Wirtschaftslebens Frankreichs verwenden. So entstand das berühmte Milliardenprojekt Tardieus, für das ursprünglich Ausgaben in der Höhe von fünf Milliarden vorgesehen waren, die nach und nach bis auf 17 Milliarden Franken erhöht worden waren. Zwar war die Idee nicht ganz neu — sie war genau genommen ein Plagiat, das sich verschiedene, seit längerer Zeit von Sozialisten und Radikalen ausgearbeitete Forderungen und Pläne zunutze machte. Trotzdem ließ sich nicht leugnen, daß Tardieu durch das Aufgreifen des Wirtschaftsproblems der Linken seine Popularität sehr verstärken konnte. Tardieu war auch ganz der Mann dazu, den fremden Federn, mit denen er sich schmückte, den Glanz einer großzügigen amerikanischen Reforme zu verliehen.

Der Gelegenheitswurf über das Milliardenprojekt der Regierung wurde also der Finanzkommission zur Behandlung übergeben, die am Mittwoch vormittag mit der Beratung begann, und da schlug die Bombe ein. In seinem Bericht über den Entwurf er-

klärte der Referent der Kommission, Abg. de Chappedelaine, daß das Projekt in der von der Regierung eingebrachten Form nicht durchführbar sei, da

die Mittel dazu nicht vorhanden

sind. Denn das französische Schatzamt besitze nicht, wie die offiziellen Ziffern Poincarés, Chéron's und Lardins behaupten, eine Reserve von 19 Milliarden Franken, sondern lediglich 12 Milliarden! Wo die fehlenden sieben Milliarden hingekommen sind, das weiß er nicht — vielleicht werde der Herr Finanzminister darüber nähere Auskunft geben können.

In begreiflicher Erregung versammelte sich am Mittwoch nachmittag die Finanzkommission zum zweitenmal, um aus dem Munde des Finanzministers Renaud die Lösung des Rätsels zu erfahren. Dieser blieb die Auskunft aber schuldig. Er sprach von gewissen Zuwendungen und Zuschüssen an das Budget, die von Herrn Chéron teils nicht gerechnet, teils in ihrer Höhe wesentlich unterschätzt worden waren. Der Kommission war mit diesen Aufklärungen, die keine sind, begreiflicherweise ebensowenig gedient wie der Öffentlichkeit, der diese geheimnisvollen Vorgänge übrigens durch die Presse vorläufig verschwiegen werden.

Einigung in Bordeaux.

Gemeinsamer Resolutionsentwurf.

Bordeaux, 11. Juni. (Eigenbericht)

Der Sozialistenkongress hielt am Mittwoch vormittag seine Plenarsitzung ab. Alles Interesse konzentrierte sich auf die Resolutionskommission, an deren Beratungen sich u. a. Leon Blum, Paul Bourcour, Renaudel und Paul Faure beteiligten. Nach langer Debatte einigte man sich auf einen von Le Troquer vorgeschlagenen Entschließungstext über die allgemeine Politik des Vorstandes und über den Rechenschaftsbericht. Zunächst wollte die Rechte des Kongresses (Renaudel) eine Gegenresolution vorschlagen. Als jedoch auf Antrag Leon Blums der Le Troquer-Text bestimmte Änderungen erfuhr, erklärte sich die Rechte ebenfalls mit der Entschließung einverstanden. Damit war praktisch die Einigung erzielt.

Am 5 Uhr nachmittags trat das Plenum des Kongresses wieder zusammen. Man hofft, in einer Nachsitzung die Tagung abzuschließen zu können.

fortiums. Die Bezahlung der zugestellten Stücke hat in der Zeit vom 16. bis 25. Juni 1930 zu erfolgen. Die Anleihe ist mit halbjährigen Zinsföhen, fällig am 1. Juni und 1. Dezember, ausgestaltet. Ihre Laufzeit beträgt 35 Jahre, jedoch kann das Reich sie ganz oder teilweise vom 1. Juni 1935 ab mit sechsmonatlicher Annundigung zurückzahlen. Kapital und Zinsen werden ohne Abzug irgend welcher gegenwärtiger oder zukünftiger deutscher Steuern ausgezahlt.

Die Verhandlungen mit Sowjetrußland

Deutscher Einspruch gegen bolschewistische Wählerarbeit

Die nunmehr schon seit Monaten geföhrten deutsch-russischen Verhandlungen über politische Differenzen zwischen Deutschland und Rußland kommen nicht vom Best.

Die russische Regierung hat bisher eine bestimmte Zusage der

Art, daß russische Regierungsbehörden sich künftig nicht mehr in innerdeutsche Verhältnisse einmischen und die Förderung der kommunistischen Propaganda in Deutschland unterlassen, abgelehnt. Auch sonst versucht die bolschewistische Regierung, Deutschland mit nachsagenden mündlichen Erklärungen abzuspülen. Sie versagt nach wie vor die Taktik, die Beziehungen zur deutschen Republik einseitig auf Kosten Deutschlands auszunutzen. Bleibt die russische Regierung bei ihrer bisher gezeigten Starrköpfigkeit, dann wird über kurz oder lang nichts anderes übrigbleiben, als die Verhandlungen als ergebnislos abzubrechen und daraus Konsequenzen, vor allem wirtschaftlicher Art, zu ziehen. Boreerst ist es jedoch noch nicht so weit. Die Meldungen, daß die Besprechungen des deutschen Botschafters in Moskau mit der Sowjetregierung vorläufig ergebnislos sind, eilen den Tatsachen voraus.

Das Auswärtige Amt wird über den gegenwärtigen Stand der deutsch-russischen Verhandlungen voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages ein offizielles Communiqué veröffentlichen.

Im Licht der Zahlen.

Stegerwalds Reformprogramm.

Zu der „Pflichtbewusstheit“ der Reichsregierung an die Arbeitslosen, die in ihren wesentlichen Teilen gestern im „Vorwärts“ wiedergegeben wurde, liefert der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Arbeitsmarktlage Mitte Mai d. J. in der letzten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ eine treffende Illustration. Ein prüfender Blick in das Gewirr von Zahlen und Kurven, in die der Statistiker die Arbeitslosenverhältnisse einträgt, läßt die Ungeheuerlichkeit erkennen, die der „Reformplan“ der Regierung Brüning-Moldenbauer in sich birgt. Am 15. Mai waren bei sämtlichen Arbeitsnachweisen im Reich noch 2 752 727 Arbeitsuchende eingetragen gegenüber 2 840 070 Ende April und 1 600 913 Arbeitsuchenden am 15. Mai 1929. Am 15. Mai 1930 waren also in Deutschland noch 1 151 814 Arbeitsuchende = 72 Prozent mehr Arbeitsuchende vorhanden als am gleichen Stichtag des Vorjahres. In der ersten Maihälfte d. J. ist die Zahl der Arbeitsuchenden nur um rund 87 000 oder 3,1 Prozent zurückgegangen, in der ersten Maihälfte des Vorjahres dagegen um etwa 235 000 oder 12,8 Prozent.

Doch die Zahl der Arbeitsuchenden der tatsächlich Arbeitslosen fast gleichzusetzen ist d. h. nur wenige der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitsuchenden sind in geförderter oder ungeförderter Stellung befinden oder Notstandsarbeiten verrichten, wird in dem Bericht der Reichsanstalt selbst dadurch festgestellt, daß die Zahl der wirklich Arbeitslosen unter den Arbeitsuchenden am 15. Mai sich auf rund 2 700 000 belief.

Von den 2 700 000 tatsächlich Arbeitslosen am 15. Mai waren Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung 1 953 421. Wozu fristeten die übrigen rund 750 000 ihr Leben? Durch die Wohlfahrtsfürsorge wurden höchstens 400 000 unterstützt. Rechnet man noch die bei Notstandsarbeiten Beschäftigten hinzu, so bleiben etwa

300 000 ohne jede Unterstützung.

Um rund 130 000 Personen hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung in der ersten Maihälfte vermindert; die Zahl der Arbeitsuchenden aber nur um etwa 87 000. 43 000 wurden ausgestellt. Der „Rahmen des Möglichen“ hinsichtlich der Krisenunterstützung ist, wie auch diese Feststellung zeigt, eben eine Unmöglichkeit.

Nach dem farnosen Plan der Reichsregierung sollen die Wartezeiten für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung je nach dem Familienstand erhöht werden, so z. B. für Arbeitslose ohne zulagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 Tage. Nach dem Bericht der Reichsanstalt vom 15. Mai wurden von den 1 953 421 Unterstützungsempfängern 1 629 981 durch die Arbeitslosenversicherung und 323 440 durch die Krisenunterstützung unterstützt. Von den 1 629 981 aus der Arbeitslosenversicherung Unterstützten hatten 1 073 182 oder 65,8 Prozent eine Wartezeit von sieben Tagen durchgemacht. Nach dem Vorschlag der Reichsregierung hätte also

mehr als eine Million Arbeitsloser noch eine Woche länger ohne jeden Pfennig Unterstützung

auskommen müssen. Diese eine Feststellung charakterisiert den Schlag der Reichsregierung gegen die Arbeitslosen. Denn wenn auch für die jetzt Unterstützten die Verlängerung der Wartezeit ohne Bedeutung ist, so ist doch infolge des Kreislaufes der Arbeitslosen vom Nachweis über eine mehr oder minder längere Beschäftigung wieder zum Nachweis doch bald eine neue Millionenarmee von Erwerbslosen da, die diese einschneidende Bestimmung trifft.

Was weiter die Senkung der Unterstützungssätze bedeutet in den Lohnklassen VII bis XI um ein bis drei Lohnklassen für die Arbeitslosen, die während der letzten 18 Monate vor der Arbeitslosmeldung nicht mindestens 52 Wochen in Arbeit ge-

standen haben, geht aus einer anderen Aufstellung des Berichts der Reichsanstalt hervor. So sind allein durch die im vorigen Jahr beschlossene „Anpassung der Unterstützung an die Lohnverhältnisse des Unterstützungsortes“ (§ 107c AVAVG.), die man allgemein als eine unwesentliche Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hinstellte, 40 778 Hauptunterstützte oder 2,5 Prozent aller Hauptunterstützungsempfänger in eine niedrigere Lohnklasse herabgestuft worden. Gerade dieser letzte „Reform“-Vorschlag stellt selbst die pessimistischsten Erwartungen in den Schatten.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat vor der Presse erklärt, daß die beabsichtigten Leistungskürzungen für die höheren Lohnklassen nur ein bis zwei Klassen ausmachen würden. Tatsächlich sollen aber nunmehr die Leistungen bis zu drei Lohnklassen herabgesetzt werden, so daß die Unterstützungskürzungen ganz ungeheuerliche werden sollen.

Gleichzeitig sollen aber die Beiträge nicht nur um 1/2 Prozent, wie die Reichsanstalt vorgeschlagen hatte, heraufgesetzt werden, sondern um ein Prozent. Das müßte man den Arbeitern zu, die nicht, wie die Unternehmer in der Lage sind, erhöhte Abgaben auf ihre Verkaufspreise abzuwälzen, denen man sogar in Form von verbindlich erklärten Schiedssprüchen die Löhne noch zu kürzen, bemüht ist. Die Reformpläne der Reichsregierung laufen auf nichts anderes hinaus, als eine Bestrafung der Arbeiterschaft für die verfehlte Leitung der deutschen Wirtschaft durch die Unternehmer.

Bersärfte Arbeitsmarktlage.

Auch in der 2. Maihälfte keine Entlastung.

Einem Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung um nicht ganz 80 000 in der zweiten Maihälfte steht ein verstärkter Zuwachs der Krisenunterstützten um rund 15 000 gegenüber. Auch die Zahl der Arbeitsuchenden hat nur um rund 63 000 abgenommen, also ebenfalls weniger als in der ersten Maihälfte.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Mai 1 550 900, in der Krisenunterstützung 338 338 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Gegenüber dem Vorjahr, wo zur gleichen Zeit die beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen von etwa 1 011 000 Hauptunterstützungsempfängern in Anspruch genommen wurden, ergibt sich mithin eine Ueberlagerung um rund 875 000 (am 15. Mai rund 826 000) Unterstützten. Die Krise hat sich also verschärft.

An verfügbaren Arbeitsuchenden waren Ende Mai bei den Arbeitsämtern noch rund 2 689 000 gemeldet. Hiervon müssen, nach Abzug der noch in geförderter oder ungeförderter Stellung oder in Notstandsarbeiten Befindlichkeiten rund 2 637 000 als arbeitslos gelten. Der Unterschied dieser Zahl gegenüber dem Vorjahre, der Mitte Mai etwa 1,2 Millionen betrug, ist auf beinahe 1 290 000 angewachsen.

Anzeichen für ein Nachlassen der Depression, die auf der Wirtschaft lastet, sind bis jetzt weder aus den Gesamtzahlen noch aus den Berichten über die einzelnen Berufsgruppen zu entnehmen. Die geringfügige Entlastung entfällt wiederum fast ausschließlich auf die Saisonarbeiten. Unter diesen ist die Landwirtschaft mit einer verhältnismäßig geringen Nachfrage vertreten. Soweit das Baugewerbe Zeichen einer Belebung aufwies, beschränkte sich diese Erscheinung im wesentlichen auf einzelne ländliche Bezirke. Der städtische Wohnungsbau verlangte Arbeitskräfte fast nur für ganz kurzfristige Beschäftigungen und lag im übrigen nahezu still, ebenso wie die Bautätigkeit der öffentlichen Hand und der Industrie.

Der Bericht der Reichsanstalt ist schlimmer als die schlimmsten Erwartungen. Auch die zweite Maihälfte hat also nicht den erhofften Rückgang der Arbeitslosigkeit gebracht.

Auf die sonstigen Argumente einzugehen, vermögen wir mit dem besten Willen nicht. Das sind Argumente, die einem dörflichen Versammlungsredner vielleicht angemessen sein mögen, die aber kein ernsthafter Politiker diskutieren wird. Herr Stegerwald hat selbst gegen sich das schwerste Argument vorgebracht. Er erklärte, die deutsche Wirtschaft zahle 1930 eine Milliarde weniger für die gleiche Menge aus dem Ausland eingeführter Rohstoffe. Das sind, neben Wolle und Baumwolle, vornehmlich Erze. Und weil die Schmelzindustrie von der verarbeitenden Industrie Wucherpreise verlangt, deshalb Kürzung der Löhne der Arbeiter! Höher — oder tiefer — geht es wirklich nicht mehr.

Konflikt bei der Gasbetriebsgesellschaft.

Ein unverständlicher Schiedsspruch.

Das der Streitigkeit um den Neuabschluss des Lohn- und Manteltarifvertrages ist zwischen dem Gesamtverband und der Direktion der Gasbetriebsgesellschaft noch immer keine Einigung erzielt worden. In einer Vollversammlung nahm die Belegschaft zu dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen Stellung.

Erst nach dem Gesamtverband berichtete, daß nunmehr der Schlichtungsausschuss unter Vorsitz des Gewerbetarbes Kärner zwei Schiedssprüche gefaßt hätte. Im Schiedsspruch über den Lohnstreit sind den Arbeitern der Gasbetriebsgesellschaft die Lohnsätze zugesprochen worden, die die Berliner städtischen Gasarbeiter erhalten. Im Schiedsspruch über den Manteltarifvertrag ist festgelegt, daß der bestehende Vertrag unverändert um ein Jahr weiter verlängert werden soll.

Die Annahme dieses Schiedsspruches kann der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden. In dem Manteltarifvertrag befindet sich die Sonderbestimmung, daß die wöchentliche Arbeitszeit für die in Wechselhaft Beschäftigten noch bis zu 53 1/2 Stunden durchschnittlich ausgedehnt werden kann.

Im Jahre 1928 hat der Schlichtungsausschuss durch Schiedsspruch den Manteltarifvertrag bis zum 1. April 1930 verlängert, in bezug auf die Arbeitszeit aber ist der Begründung ausdrücklich u. a. gesagt: „Es wird sich auf die Dauer auch nicht aufrechterhalten lassen, daß die Belegschaft der Antragseinerin in den Arbeitsbedingungen ungünstiger gestellt ist als die in städtischen Gaswerken beschäftigten Arbeitnehmer, doch soll die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit der Schichtarbeiter zunächst noch zurückgestellt werden.“

In der Zwischenzeit haben die Vertreter der Arbeiterschaft dauernd versucht, auch für die Schichtarbeiter die 48stündige Arbeitswoche zu vereinbaren. — Alle Bemühungen nach der Richtung sind bisher ergebnislos verlaufen.

Auf 1 000 000 cbm Jahresproduktion umgerechnet, waren 1922 = 12,5 Arbeiter, im Jahre 1928 nur noch 4,9 Arbeiter tätig. Zurzeit

trägt sich die Direktion der Gesellschaft mit der Absicht eines weitläufigeren Abbaues von Arbeitskräften. Von der Gesellschaft wurde im Jahre 1929 bei einer Gesamtannahme von rund 29,5 Millionen Mark ein Rohüberschuß von rund 12,5 Millionen Mark erzielt. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf 48 Stunden auch für die Schichtarbeiter würde der Gesellschaft eine jährliche Mehrausgabe von höchstens 10 000 Mark verursachen.

In allen namhaften Gaswerken Deutschlands beträgt die wöchentliche Arbeitszeit für alle Arbeiter 48 Stunden. Eine weitere Ueber-schreitung der 48stündigen Wochenarbeitszeit für eine einzige Gruppe von Arbeitnehmern der Gesellschaft ist also weder durch die Arbeitszeitregelung in anderen vergleichbaren Betrieben noch durch die besonderen Verhältnisse der Gesellschaft selbst bedingt. Die Tarifkommission schlug deshalb der Vollversammlung vor, den Lohn-schiedsspruch anzunehmen und den Schiedsspruch über den Manteltarifvertrag abzulehnen.

In der Diskussion wurde auch von den Vertretern der Schichtarbeiter die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche energisch gefordert und es wurde verlangt, die Belegschaft zu mobilisieren und alle Kräfte einzusetzen, um angesichts der hohen Arbeitslosigkeit eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. — Eine Entschiedenheit in diesem Sinne fand einstimmige Annahme.

Wenn sich die Gesellschaft nicht endlich zur restlosen Durchführung der 48stündigen Arbeitswoche bequemt, ist ein ernstlicher Konflikt unvermeidlich.

Zusammenstoß in Genf.

Zwischen englischen Vertretern der Arbeiterpartei.

Genf, 11. Juni. (Eigener Bericht.)

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz erklärte der englische Arbeitsminister Frau Bondfield am Mittwoch, daß die englische Regierung zur Frage der Arbeitszeit der Angestellten noch keine endgültige Stellung habe nehmen können und deshalb auch während der gegenwärtigen Arbeitskonferenz keine Vorschläge zu machen in der Lage sei. Der englische Arbeitervertreter Herbert C. E. bedauerte diese Erklärung und charakterisierte sie als eine fadenstehende Ausflucht, an die sich die Arbeitskonferenz in keiner Weise zu halten brauche.

Die Eisenbahner wählen gut.

Der Hauptbetriebsrat bei der Reichsbahn.

Zum Hauptbetriebsrat waren in den 29 Direktionsbezirken der Deutschen Reichsbahn 359 444 Eisenbahner wahlberechtigt, 17 000 weniger als im Vorjahre. Abgegeben wurden 315 182 Stimmen davon entfielen auf den

Einheitsverband der Eisenbahner	212 732 Stimmen
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Christl.)	60 034
Allgemeiner Eisenbahnerverband (Hirsch-D.)	22 814
Opposition	22 602

Von den Mandaten im Hauptbetriebsrat entfallen auf den Einheitsverband 18, BdL 5 AVB 1 und Opposition 1.

Die Gewerkschaften in Stockholm.

Teilnahme außeruropäischer Gewerkschaftsführer.

Der im Juli in Stockholm stattfindende Internationale Gewerkschaftskongress wird auch von Delegierten außer-europäischer Länder stark besucht werden. Zu der jährlichen Internationalen Arbeitskonferenz in Genf kommen zahlreiche Vertreter außer-europäischer Organisationen, die zum großen Teil schon seit Jahren mit dem Internationalen Gewerkschaftskongress befreundet sind. Da nun der Gewerkschaftskongress zeitlich an die Arbeitskonferenz anschließt, wird den außer-europäischen Vertretern, so vor allem den japanischen, mexikanischen, neuseeländischen und kubanischen, die Teilnahme am Stockholmer Kongress außerordentlich erleichtert. Auch die Vertreter der ägyptischen Gewerkschaften werden am Kongress teilnehmen. Auch die auf dem Boden Amsterdams stehenden finnischen Gewerkschaften haben beschlossen, Delegierte zum Stockholmer Gewerkschaftskongress zu entsenden.

Unter dem Namen „Hauptauschuß der nationalen Industrie- und Arbeiterverbände“ haben sich der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine (Berlin), die „Niederrheinischer Bergbau- und Gewerkschaft“ (Senftenberg), „Der Deutsche Arbeiter“ (Brandenburg), „Der Arbeiter der Reichsbahn“ (Eisen), der „Reichsbund deutscher Arbeiter“ (Berlin) und die „Arbeitervereine im mitteldeutschen Bergbau (Halle)“ zusammengeschlossen. Die Verschmelzung der Rullen.

Die Bauindustrie Chicagos ist von einem ersten Arbeitskonflikt bedroht. Die organisierten Elektriker fordern von den Unternehmern die Anerkennung einer Alterspension. Die Unternehmern sollen neben der Zahlung des regulären Stundenlohns noch 20 Cents an eine Pensionskasse abliefern. Der Stundenlohn eines Elektrikers beträgt gegenwärtig in Chicago 1,70 Dollar (6,88 M.). Vorläufig stehen die Elektrikerfirmen und die Bauunternehmen den Forderungen der Elektriker völlig ablehnend gegenüber.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Brute, Donnerstag, lauen folgende Gruppen ab 19 Uhr: Innerspandauer des Deutschen Völkerverbands-Verbandes: Sozialabend auf der Treppentreppe Nr. 8. — Jugend: Jugendheim Schwaner Str. 3. Vortrag: „Moral und Moral in der Jugend.“ — Gesundheitswesen: Jugendheim West-Ende, Götterstr. 2. Hofmann liest „Die Landpartie“ und anderes. — Edelstein: Jugendheim Reichsbräuerei Str. 66 (Reinholdstr.). Vortrag: Kameradschaft der Gewerkschaften. — Sozialist: Jugendheim Kottbuscher Str. 4-6. 18-Minuten-Vorträge: „Unter Beruf.“ — „Moral“ Jugendheim Richter Str. 18-19. Vortrag: „Das Recht auf Arbeit.“ — „Vaterland“ Jugendheim Haus an der Poststraße. „Unser Müßel haben das Wort.“ — „Moral“ Jugendheim Schwaner Str. 44. Vortrag: „Jugend und Arbeit.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Inneleuten

Brute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: „Kameradschaft“ Jugendheim Schwaner Str. 14 (Lützowstr.). „Elektrischer Abend.“ — „Kameradschaft“ Jugendheim der Schiffe Mühlendammstr. 66 (Zugang von der Grackstraße in Treptow). „Ausflug über das Gunglinterfeld.“ — „Schweizer“ Jugendheim Hauptstr. 15 (Polizeistube, Thüringengasse). „Ausflugabend“, anschließend Abend mit Straßenspielen. — „Spiel und Sport“ ab 19 Uhr im Volkspark Wehner; ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Bremer Straße (Nordpark); ab 19 Uhr auf dem Sportplatz Oberstraße (Oberlößnitz).

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingebier; Gewerkschaftsberatung: J. Seiner; Redaktion: A. D. Eider; Verlags- und Druckerei: A. R. Kersch; Anzeigen: W. Steyer; Vertrieb in Berlin: Verlag: „Arbeiter“ G. m. b. H., Berlin. Druck: „Arbeiter-Verlag“ und „Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 66, Unter den Eichen 2. Die Zeit 2. Auflage.



Wirkt vorbeugend!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8240-61.

Stegerwald kommentiert sich.

Verlegene Plattheiten.

Auf einer Tagung der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf führte der Reichsarbeitsminister gestern u. a. aus:

„Den Schiedsspruch für Nordwest habe ich für verbindlich erklärt, weil der Manteltarif von einem Teil der Gewerkschaften unbefristetlich und zu unredlichen Zeiten geschlichtet worden ist, weil der Schiedsspruch an den Tarifhöhen nicht ist, weil in einer Zeit, in der wirtschaftliche Stabilität das Gebot der Stunde ist, in einer der wichtigsten Rohstoffindustrien ein tarifloser Zustand und damit die Gefahr örtlicher und unübersehbarer Kämpfe im Interesse des Staatsganzen verhindert werden mußte, weil die Unternehmer sich verpflichtet haben, über diese Kürzung der Arbeitslohnsätze hinaus (die wesentlich höher als die Tarifhöhen liegen) eine Senkung der Eisenpreise vorzunehmen, und ich mir eigene die Kontrolle über das tatsächliche Ausmaß der Eisenpreissenkung durch Wirtschaftssachverständige vorbehalten habe. Die Kürzung der Spitzenarbeitslohnsätze kommt nicht den „Kapitalisten“, sondern dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft zufließen. Für mich und auch für andere Mitglieder der Reichsregierung sind allerdings die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, deren Reform, die vorgeschlagenen Steuern und die Verbindlichkeitsklärung von Nordwest als eine Einheit anzusehen. Wenn im Anschluß an die Erledigung des Young-Planes Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden sollen, dann müssen alle Opfer bringen. Einer einseitigen Belastung der Arbeiter müßte und würde ich mich auf das allermaßvollste widersetzen.“

Wir sehen nicht, welche Opfer die Reichsregierung den Befehlenden auferlegt. Wir finden auch unter den Argumenten, die der Reichsarbeitsminister zur Verteidigung der Verbindlichkeitsklärung anführt, nicht ein einziges, das die wirtschaftliche Notwendigkeit der Lohnkürzung begründet.

Der übrige Kommentar zur Verbindlichkeitsklärung steht auf einer so tiefen geistigen Stufe, daß man Mühe hat, ihn überhaupt zu diskutieren. So redet Stegerwald den Führern des christlichen Metallarbeiterverbandes das blödsinnige Argument nach, der Manteltarif sei „zur unredlichen Zeit“ geschlichtet worden. Also die Arbeitszeit von 53 Stunden kann wegen der katastrophalen Arbeitslosigkeit ruhig weiterbestehen. Jetzt die Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, was nicht der richtige Zeitpunkt! Und weiß der Deutsche Metallarbeiterverband jetzt den Manteltarif gekündigt hat, deshalb erklärte der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch von Dognhausen für verbindlich! Ist das ein Argument eines verantwortlichen Ministers?

Unfassbar ist auch das Gerede von dem Tarifhöhen, an denen der Schiedsspruch nicht rüttelt. Wo es gibt wohl gar keinen Lohnabbau? Und was die Kämpfe betrifft, die Stegerwald verhindern wollte, so konnten sie eben nur durch die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung verhindert werden. Denn dann blieb der Lohnsatz bis zum Herbst bestehen.

In der Bienenzentrale

Zwischen Blumenrabatten, blühenden Büschen und rotbraunen Bienenstöcken führt eine einladende Gartenallee von der Straße weg zu einem Biered begehender Holzhäuser. Wohllich stugt man. Bienen schwirren aufgeregt aus einer Ecke des Gartens und mitten im ärgsten Getümmel hämmern ohne jeglichen Schuß an Händen und Gesicht eine Anzahl junger Leute in weißen Kitteln. Wir sind im Institut für Bienenforschung in Dablen. Seine Angestellten sind längst gegen Bienenstiche immun, bei ihnen bleibt ein Bienenstich ohne die geringsten Folgen. Um den Wohllichen Hof gruppieren sich rotbraune Holzhäuschen. Alles Miniaturausgaben. Hier, im ehemaligen Bienenhaus, das Bienenmuseum, das vorzügliche Modelle für den Anschauungsunterricht, aber auch sämtliche „Bienenwohnungen“ der Welt, teils in Modellen, teils im Original enthält. Aus Platzmangel ist ein großer Teil der Bienenstöcke im Freien unter Schutzdächern aufgestellt. Polen, Rußland, China sind mit charakteristischen Stöcken vertreten; aus dem chinesischen, der zwar unter dem Dach aufgehängt ist, Schwärmen sogar vergnügte Bienen. Der Deutsche bevorzugte seit jeher den Nord als Bienenwohnung. In allen Varianten, bald hoch, bald flach, tritt er uns hier entgegen. Aber auch liebevoll bemalt, mit Sprüchen versehene hölzerne Stöcke aus dem 18. Jahrhundert sind zu sehen. Und nicht weit davon eine Sammlung neuzeitlicher, deutscher Bienenkästen, von denen keiner dem andern gleicht. Amerika hat natürlich auch auf diesem Gebiet längst rationalisiert: Der Magazin-Bienenstock, mit auswechselbaren, gleich großen Räumen, wird drüben nur in einer einzigen Größe massenweise fabriziert. Man ist bemüht, nun auch für Deutschland einen Standard aufzustellen, um die Fabrikation zu vereinfachen und die Imkerei in volkswirtschaftlichem Interesse leistungsfähiger zu gestalten.



Der Immenhof im Institut für Bienenforschung

spungs. Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurde die Honigbiene nach Amerika gebracht; heute wird in Amerika bedeutend mehr Honig geerntet als in Deutschland; eine große Propaganda und die billigere Produktion nach einem einzigen System (in Deutschland 40 verschiedene Bienenstocksysteme) hat dem König den ihn gehührenden Platz als Volksnahrungsmittel erobert. Aber auch bei uns geht es aufwärts. Die Zahl der Bienenstöcke hat seit dem Kriege um eine halbe Million zugenommen. Der Deutsche Imkerbund bürgt für die Echtheit seines Honigs, der in Einheitsgläsern mit grünen Querstreifen auf den Markt kommt. Es ist viel zu wenig bekannt, daß die deutsche Bienenzucht an Wert der Produktion der deutschen Hochseesämerei gleichkommt; die enorme Bedeutung der Bienen für die Befruchtung der meisten landwirtschaftlichen Kulturpflanzen rechtfertigt den Anbau geeigneter Bienenstöckpflanzen wie Akele, Senf, Raps, Lucerna. Verder, das Obstparadies, nimmt jedes Jahr mindestens 1000 Bienenstöcke aus Berlin auf zur Befruchtung der Obstbäume. Aber während der amerikanische Obstzüchter dem Bienenzüchter 4 Dollar für die Aufstellung eines Bienenstockes zahlt, begleichen die „Berliner“ nur die Transportkosten. Der kürzlich gegründete Reichsausschuß für Bienenzucht soll als „oberste Bienenbehörde“ die für unsere Volkswirtschaft so wichtigen Bienenangelegenheiten ordnen.

Vor dem Kriege gab es in Deutschland 2 Millionen Bienenstöcke. Nach dem Kriege zählte man nur 1 Million. Dieses Manko machten sich die Amerikaner zunutze und überschwemmten den deutschen Markt mit ihrem Honig, der von den dortigen Honigenerzeugern in immer gleicher Qualität verpackt wird. Was in Deutschland als „reiner echter Bienenhonig“ angepriesen wird, ist zu 50 Prozent amerikanischer Ur-

herkunft blieb, wurden zwei Personen, die in dem Augenblick die Unfallstelle passierten, von dem Auto erfasst und schwer verletzt. Die Verunglückten, ein sechsjähriger Knabe und ein 24jähriger Berner Kriekel wurden mit Knochenbrüchen ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Wildwest in Leipzig.

Raffenbote überfallen, beraubt und schwer verletzt.

Leipzig, 11. Juni.

Ein Raffenbote des Bankhauses Anauth, Nachod und Kühn wurde auf dem Wege von der Reichsbank nach dem Rathausring überfallen, niedergeschlagen und beraubt.

In der Ecke der Kartgrafstraße und des Rathausrings stellten sich ihm zwei Männer, die aus einem dort haltenden Kraftwagen gestiegen waren, in den Weg, schossen auf ihn, verletzten ihn und entriß ihm die Aktentasche, in der sich 15 000 Mk. befanden. Darauf bestiegen sie den Kraftwagen und fuhren davon. Der Raffenbote hatte mehrere Schüsse in den Oberarm und in den Unterarm erhalten und brach infolge seiner schweren Verletzungen zusammen. Die Verfolgung der Räuber wurde alsbald durch Kraftwagen aufgenommen. Die Verfolgten gaben mehrere Schüsse auf ihre Verfolger ab, durch die ein Asphaltarbeiter verletzt wurde. Die Räuber sind zunächst in nördlicher Richtung entkommen.

Nach Befundungen von Augenzeugen soll der Wagen die Erkennungsnummer IA 74 639 getragen haben, also in Berlin beheimatet sein.

In Berlin ist festgestellt, daß der Wagen mit dieser Nummer ein braun lackiertes Mercedes-Cabriolet ist, das am 1. Pfingstfeiertag, abends gegen 11 1/2 Uhr, vor dem Hause Albrecht-Schilles-Str. 7 in Halensee gestohlen wurde. Von den Räubern und dem Wagen hat man noch keine Spur gefunden. Der angegriffene Raffenbote liegt in bedenklichem Zustande im Leipziger Krankenhaus.

Weiter wird gemeldet, daß die Banditen bei ihrer Fahrt durch den Borort Gohlis mit einem Lastkraftwagen zusammenstießen. Sie verließen dann ihren Kraftwagen und setzten die Flucht mit der Straßenbahn fort. Es gelang ihnen unbemerkt zu entkommen. Es handelt sich um drei Männer, mutmaßlich Ausländer, von denen zwei den Überfall ausführten, während der dritte den Wagen bediente.

Großfeuer fordert drei Tote!

Neun Feuerwehrleute von den Trümmern verschüttet.

Quedlinburg, 11. Juni.

Heute nachmittag brach infolge Kohlenstaubentzündung auf der Dampfziegelei Arakenstein ein Großfeuer aus, dem der gesamte Ziegeleikomplex zum Opfer fiel. Bei den Löscharbeiten wurden neun Feuerwehrleute unter einem einstürzenden Siebel verschüttet. Drei von ihnen konnten nur noch als Leichen geborgen werden, zwei weitere wurden schwerverletzt unter den Steinmassen hervorgezogen.

Stahlhelmparade in Potsdam. Gestern abend versammelten sich mehrere hundert Mann Stahlhelmer auf dem Alten Markt in Potsdam; vor dem Breiterhaus hatte sich der „Stab“ postiert. In den Reihen sah man die Hohenzollernsprülinge Eitel-Friedrich und Oskar. Das Schauspiel unmittelbar vor dem Potsdamer Rathaus, rief selbst bei den Potsdamern ziemlich Befremden hervor.

Die Schiffskatastrophe bei Boston.

Die gesamte Besatzung mit dem Kapitän ertrunken.

New York, 11. Juni.

Wie aus Boston zum Zusammenstoß des Küstendampfers „Fairfax“ mit dem Tankschiff „Blithus“ ergänzend gemeldet wird, steht es nunmehr fest, daß insgesamt 37 Personen, darunter die gesamte Besatzung und der Kapitän des Tankschiffers, ertrunken sind.

Wie Augenzeugen berichten, ereignete sich die Explosion unmittelbar nach dem Zusammenstoß. Das Del im Tankschiff ging

infort Feuer und ergoß sich brennend in das Meer. Dadurch erlitt sich die große Zahl der Toten, da sowohl Fahrgäste als auch die Besatzung des Tankschiffers in das brennende Del hineinsprangen. Eine Rettung war unter diesen Umständen nicht möglich.

Auto rast auf den Bürgersteig.

Vor dem Hause Graefswalder Str. 19 geriet aus noch ungeläuter Ursache ein Geschäftsauto ins Schleudern und fuhr auf den Bürgersteig. Das Fahrzeug prallte schließlich mit großer Wucht gegen die Hauswand, wo es schwer beschädigt liegen blieb. Während der Chauffeur wie durch ein Wunder un-



Und die kleine Bazandin lauscht aufmerksam und gespannt. Dann und wann kommt sie auch mit einer Zwischenfrage. Sie erkundigt sich:

„Ist dein Vater auch der größte Häuptling deines Stammes, wie der meine?“

„Nein, das nicht gerade. Es gibt ein paar Leute, die noch mehr sind als er. — Uebrigens will ich dir die Wahrheit sagen, Yera, ich bin eigentlich weiter nichts als eine Art verlorener Sohn, ein entlaufener Sklave vielleicht sogar! Aber sage es niemand weiter!“

Da lacht sie ein übermütiges, lautes Lachen.

„Sicherlich bist du bald wieder so gesund, daß du aufstehen kannst! Judchi, Judchi, wie du zu spähen versteht! Hast du schon einmal gehört, daß ein Elefant Schlangen oder Kröten oder daß ein Leopard junge Hunde zur Welt gebracht hat?! O nein, Judchi, Yera weiß, daß Sklavengeschlechter nur immer Sklaven hervorbringen können! — Aber deine erste Frau, ist sie die Tochter eines Häuptlings oder eines Stationschefs?“

„Ja ja, du vermutest schon ungefähr richtig!“

Da wird Yera nachdenklich:

„Hast du nicht Güter genug gehabt, um sie dir zu kaufen? Wollte deine Familie dir nicht helfen?“

„Es läßt sich das alles sehr schwer erklären, Yera!“

„O nein, du denkst nur in deinem Kopfe: was kann die schwarze Yera schon von alledem verstehen, was sich im Herzen eines Weißen regt! Sie fühlt ja, wie alle Schwarzen, nur mit dem Bauche und nicht mit dem großen, roten Muskel. Doch wenn ihr Weißen auch in manchem größere Gaben habt als wir, in der Kenntnis dessen, was Mann und Weib zusammenbindet, seid ihr uns nicht überlegen! Eure Wege sind breiter als die unseren, ihr schlagt eure Mitmenschen leichter und schneller tot als wir. Eure Häuser sind größer als die unseren, und doch macht all das Gut darin

sie eng. Aber wißt ihr, was Liebe ist? Ich will dir's in der Sprache der Azande sagen: Die Liebe ist ein kleiner Vogel, der in deinem Innern Nester baut, er trinkt und trinkt dein rotes Blut, und immer größer wird er, bis sein braunes Flügelpaar dich ganz und gar betäubt und du hinsinkst!

Glaubst du, meine Verwandte, Gela, hätte die Liebe nicht gekannt?!

Sie folgte dem weißen Pastor zum See der großen Schiffe, um dort nach europäischem Gebräuch seine Frau zu werden. Sie starb aber schon kurz nach der Ankunft dort. Denn wir Azande verwalten und vererschmachten, wenn wir fern von unserer Heimat leben sollen. Und weil sie starb, starb auch der Pastor. Ihre beiden Kinder sind jetzt in Europa, sie sollen Weiße werden. Aber Yera denkt so manches Mal: vielleicht lebt in diesen Kindern die Seele der Awongura und nicht die Seele der Weißen!

So plauderten wir oft miteinander, und die Zeit verstrich. Eines Tages konnte ich wieder aufstehen. Und allmählich gestaltete sich das Leben wieder so, wie es vor der Krankheit gewesen war. Nur war Yera mir jetzt viel näher gekommen. Sie war meine gute Freundin, mit der ich so manche gute Stunde verbrachte.

Es gab Leute, die begingen Dummheiten wegen einer schwarzen Frau, ohne daß sie sie geliebt hätten, so etwa wie ein Pferdekenner und -freund und eines edlen Tieres willen auf die kostspieligsten Extravaganzen verfällt. Und ein seltsames Mal geschah es auch, daß die Liebe der Begierden übermächtig in einem Weißen entflammte und er in seiner Liebe zu einer Schwarzen zum Spott und Gelächter aller recht denkenden Europäer wurde.

Bei mir bestand diese Gefahr keinesfalls. Meine große Liebe gehörte einer weißen Frau, und die war fern. Yera war nichts weiter als eine kleine Freundin für den Augenblick, eine schwarze Kameradin, oft sogar weiter nichts als ein Spielzeug — oder ein kluger Hund.

Auf der Jagd war sie von großem Nutzen. Sie fand die Elefantenfährten und die Trinktellen der Leoparden so sicher wie mein bester Hund. Wie alle Naturmenschen besaß sie einen über die Nasen starken Geruchssinn und war außerdem imstande, im Dunkeln zu sehen.

Einmal bewahrte sie mich vielleicht sogar vor einem Unglück:

Ich hatte die ganze Nacht hindurch auf Flußpferde gejagt. Wie ein matzgoldenes Becken hing die Sonne am

Himmel. Es war in der kurzen Regenzeit und die Sonne bekam erst gegen sieben Uhr morgens rechte Kraft. Nebelschwaden stiegen aus dem Walde empor und jagten wie gottige, dunkelgraue Tiere durch die Luft.

Weit und breit war kein Laut von Wild zu hören.

Um ein wenig Ausblick zu gewinnen, erkletterte ich einen spitzigen verlassenem Ameisenhaufen am Ufer des Flusses. Ein ungewöhnlich dicker Ast, der schräg aus dem Wasser ragt, fällt mir auf. Ich betrachte ihn genau: ja, weiter nichts als ein gewöhnlicher Zweig.

Zwei glänzende blaugraue Federbüschel glitten hintereinander an dem Ast abwärts. Papageienbraten ist ein viel schmackhafteres Frühstücksgemisch als Flußpferdfleisch. Daher wechelte ich das Gewehr.

Da merke ich mit einemmal, daß der eine Papagei heisere, angstvolle Schreie ausstößt, während der andere stumm den Ast hinabkollert. Und plötzlich entdecke ich dicht neben mir etwas Graues, das einer zusammengerohten, gelbgrauen Troste ähnelt.

Ich richte das Gewehr darauf und schiße es leer. Und mit zerfetztem Bauch liegt eine Schlange zu meinen Füßen. Da wird mit einem Male auch der dicke grüne Ast lebendig, er wird um die Hälfte dünner, und die verschwindende Hälfte schwimmt als Krokodil in den Fluß hinaus. Meine eingeborenen Jagdbegleiter kommen hinzu. Aber sie stimmen ob dieser Schlange nicht das Freudengeheul an, das sonst den Tod eines der höhen Tiere des Waldes begleitet.

Ueber vier Meter lang ist die Schlange. Ich lasse sie abhäuten. Yera aber will mich dazu bewegen, sie unberührt liegen zu lassen, wo ich sie erlegt habe. Ich verstehe wohl, daß die Eingeborenen an diesem Tiere etwas Scheinmnäses und Gefährliches vermuten, aber man ist doch ein weißer Mann und schert sich nicht an Aberglauben. Wir soll die Haut! Die beiden Jäger, die die Beute abhäuten, sehen sich bei der Arbeit unruhig nach allen Seiten um und die übrigen wandern in der Nähe umher, als hielten sie Wache. Die Ausführung eines Befehls, den ein Weißer gegeben hat, zu verweigern, ist ihnen längst abgewöhnt worden. Plötzlich entfiel Unruhe:

Man hat in der Nähe eine Schlange entdeckt, die der erlegten ähnlich sieht!

Langen und Pfeile sausten ihr nach, aber sie entkammt unermüdet in den Wald.

(Fortsetzung folgt.)

Ein neuer Kürten?

Zwei schwere Bluttaten bei Königsberg.

Königsberg i. Pr., 11. Juni.

In den letzten Tagen treibt in der Umgebung von Königsberg ein Mann sein Unwesen, dessen Untaten an die Düsseldorf-Morde erinnern.

Wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ darüber berichtet, wurde der etwa 25 Jahre alte Metzler Otto Neuhof am 10. Juni im Kreis Königsberg im Revier Dammwalde überfallen und erhielt einen Messerstich in die Brust. Er verlor sofort das Bewußtsein und blieb etwa vier Stunden bewegungslos liegen. Als er wieder zu sich kam, steckte das Messer noch in der Wunde. Unter Anspannung der letzten Kräfte schleppte er sich langsam zum Dorf Neuhof in seine Wohnung, wo man zunächst das Messer aus seiner Brust zog. Er wurde dann mit dem Auto nach Königsberg in die Klinik gebracht.

Bast an der gleichen Stelle wurde am Mittwoch früh die in den dreißiger Jahren stehende Frau Marie Kaufmann überfallen. Sie erhielt zunächst mit einem stumpfen Gegenstand einen heftigen Schlag über den Kopf. Der Täter brachte ihr dann mit einem Messer am linken Arm tiefe Schnittwunden bei, wobei eine Schlagader durchschnitten wurde. Frau Kaufmann schrie laut auf, worauf sie das Bewußtsein verlor. Ihre Rufe wurden von dem Oberlandjäger Riemann gehört, der mit einem Förster auf der Stelle war. Die beiden eilten zur Stelle und konnten der Frau die Schlagader abbinden und sie so vor dem Verbluten bewahren.

Landjäger und Schuhpolizei sind nunmehr aufgeboten, um des Täters habhaft zu werden. Bisher ist es nicht gelungen, ihn zu fassen.

Motorradunglück in Mariendorf.

Der Führer getötet, sein Mitfahrer schwer verletzt.

Am Mittwoch nachmittag ereignete sich auf der Straßenkreuzung Chaussee- und Ullsteinstraße in Mariendorf ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Lastauto und einem mit zwei Personen besetzten Motorrad.

Der 23jährige Besitzer des Motorrades, René Jensen aus der Dorfstr. 15 in Lichtenrade, befand sich auf der Fahrt nach Berlin. Auf dem Soziuslag begleitete ihn der 23jährige Architekt Helmut Haupe, der ebenfalls in Lichtenrade wohnt. In rasender Fahrt passierte Jensen die Chausseestraße in Mariendorf. Als an der Ecke Ullsteinstraße plötzlich ein Lastauto in die Hauptstraße einbiegen wollte, konnte J. bei der kurzen Entfernung infolge der hohen Geschwindigkeit nicht mehr rechtzeitig bremsen und mit großem Krach stießen beide Fahrzeuge zum Schrecken zahlreicher Passanten zusammen. Das Motorrad wurde völlig zerkümmert. Jensen und sein Begleiter gerieten unter das Lastauto und wurden furchtbar zugerichtet. Jensen wurde auf der Stelle getötet und Haupe mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Pankow-Krankenhaus gebracht. Die Kriminalpolizei ist mit der Klärung der Schuldfrage beschäftigt.

An der Ecke der Brangel- und Eisenbahnstraße fuhr der 24jährige Postmotorradfahrer Heinz Körber aus der Behdstr. 9 in Weiskow mit einem Privatauto zusammen. Dabei erlitt er so schwere Oberschenkelverletzungen, daß er ins Weiskow-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Skarek-Untersuchung abgeschlossen.

Wie hoch der Schaden ist, weiß man aber immer noch nicht.

Die Untersuchung gegen die Gebrüder Skarek nähert sich jetzt ihrem Ende und es kann angenommen werden, daß der Untersuchungsrichter noch vor Beginn der Gerichtsferien seine Tätigkeit endgültig abschließen wird. Mit der Zustellung der Anklage gegen die Skareks ist im Juli zu rechnen, und das Verfahren selbst, das nach vorsichtiger Schätzung in Moskau etwa ein Bierjahr dauern wird, könnte dann etwa im September oder Oktober beginnen.

Augenblicklich muß der Untersuchungsrichter noch die sehr schwierige Frage klären, wie hoch der Schaden ist, den die Gebrüder Skarek durch ihr Vorgehen angerichtet haben. Wie erinnertlich, war die gesamte Buchführung der RWG seit Jahr und Tag gefälscht worden und eine ganze Reihe bekannter Bücherfachverständiger ist mit der Erstattung von Gutachten beschäftigt gewesen, um dem Gericht einigermassen sichere Unterlagen darüber zu geben, wie groß der Schaden ist, der durch die Skareks angerichtet worden war. Während auf der einen Seite festgestellt worden ist, daß die Stadtbank etwa 12,5 Millionen Mark verloren hat, konnte durch die Sachverständigen nachgewiesen werden, daß noch Werte im Betrage von 6 bis 10 Millionen Mark verschwunden sind, die bisher nicht aufzufinden waren. In monatelanger Arbeit konnte ermittelt werden, daß die drei Brüder Jahre hindurch Zahlungen an ihre Lieferanten vollkommen falsch gebucht haben, so daß — hierüber gehen die Meinungen der Sachverständigen allerdings auseinander — ein weiterer Fehlbetrag von 6 bis 10 Millionen entstanden ist. Aus den Büchern hat sich nicht nachweisen lassen, wohin diese Summen geflossen sind, und die drei Angeklagten haben bisher auch keine Mitteilung darüber gemacht, ob sie diese Gelder für sich verbraucht haben oder ob etwa diese sehr erheblichen Kapitalien im Ausland untergebracht worden sind.

Leo Skarek will man auch aus der Haft entlassen.

Auf Antrag der Rechtsanwälte Dr. Julius Mejer I und Dr. Rühl hat Universitätsprofessor Dr. Leo Skarek auf seinen Gesundheitszustand untersucht und ihn für hinfällig erklärt, weil er an Schwindelanfällen unter der Einwirkung außerordentlich hohen Blutdranges leide. Von der Staatsanwaltschaft war Professor Replaff um Erstattung eines weiteren Gutachtens ersucht worden. Auch Professor Replaff kam zu dem Ergebnis, daß eine Unterbrechung der Haft zu empfehlen sei. Der Untersuchungsrichter hat bisher noch keine Entscheidung getroffen, da erst das schriftliche Gutachten von Professor Replaff, das im Laufe des gestrigen Nachmittags erwartet wurde, vorliegen muß. Der Antrag der Verteidigung geht dahin, daß Leo Skarek unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls von der weiteren Untersuchungshaft vorzeitig entlassen soll. Der Gesundheitszustand von Leo Skarek hat sich in letzter Zeit erheblich verschlechtert, so daß die Bedingung, unter der er seinerzeit aus der Haft entlassen wurde, nämlich die regelmäßige Kontrolle, aufgehoben worden ist.

Arbeitsgemeinschaft für Fortschritt und Naturkunde e. V. 122. Abendsammlung: Sonntag, den 15. Juni: Fahrt nach Veltin mit Besichtigung des Heimatmuseums und Vortrag des Museumsleiters Gustav Gerdes: „Wärsche Rachel- und Elpersmühl einst und jetzt.“ Treffpunkt bei 8,30 Uhr Silesischer Vorortbahnhof. Mitgliedsbeitrag frei, Gabe 0,30 Mark.

Zweifelhafte Verkehrskritik.

Behauptungen statt Tatsachen. — Alte Aboag und neue BVG.

Das „Berliner Tageblatt“ hat gestern abend einen Artikel „Rettet den Omnibus!“ veröffentlicht. Der Artikel ist einer der beliebtesten Sensationsangriffe, die ausschließlich auf die berechtigte Empfindlichkeit der Bevölkerung in Verkehrsstörungen spekulieren und mit journalistischem Glanzfeuerwerk Unheil anrichten, ohne sich viel um die Tatsachen zu kümmern. Es werde von der BVG, einem gläubigen Volk vorgekammert, heißt es da, daß die Autobusse keine Zuschubetriebe sind, daß sich bei der alten Aboag der Omnibus auch in Berlin glänzend rentiert habe, daß in den fortgeschrittensten Städten aller Länder die Autobusse die eigentlichen Träger des Massenverkehrs seien, daß sich die privaten Omnibuslinien überall rentieren, und daß man durch den 5-Pfennig-Zuschlag, entgegen aller kaufmännischen Vernunft, den Autobusverkehr zum Beröden bringe, was schließlich zur Verschleuderung der Autobusse führen müsse. Schließlich wird die erstaunliche, auch nicht mit dem Schatten eines Beweises verfehene Behauptung aufgestellt, daß der Einfluß von Stromlieferungsinteressenten so groß sei, daß man deshalb den Autobus sterben lassen solle.

Wir fühlen uns keineswegs dazu berufen, die Geschäftsdispositionen der BVG zu verteidigen. Aber das Vertrauen einer Weltstadtbewölkerung zur Verkehrspolitik darf nicht in so fahrlässiger Weise aufs Spiel gesetzt werden, wie es leider zunehmend auch im „Berliner Tageblatt“ geschieht. Auch dem „Berliner Tageblatt“ muß es bekannt sein, daß es zwischen einer von Privatgesellschaften allein geregelt und der

öffentlichen Verkehrspolitik Unterschiede gibt, die sich auch in einer Kostenverteilung auswirken. Die alte Berliner Aboag, von der behauptet wird, daß sie sich glänzend rentiert hat, hat nur die wichtigsten und rentabelsten Strecken, und zwar in Konkurrenz mit der Straßenbahn, gefahren.

Entweder betrieb sie überhaupt keine verlustbringenden Außenlinien, oder sie ließ sich von der Stadt Berlin Zuschüsse zahlen.

Die BVG, betreibt heute über zwanzig absolut unrentable Außenlinien, für die sie keinen Pfennig Zuschuß erhält, die aber aus Siedlungsgründen betrieben werden müssen. Wäre das „Berliner Tageblatt“ bereit, die Einstellung dieser Linien oder Steuern für ihren Betrieb zu fordern? Privatwirtschaftliche und gemeinwirtschaftliche Rentabilität bei solchen Verhältnissen gleichsetzen, heißt mit dem Begriff der Rentabilität ein unaufrichtiges Spiel treiben.

Es ist keineswegs wahr, daß in anderen Weltstädten der Autobus den Verkehr beherrscht. Auch in London leidet sich die Straßenbahn stärker durch und verdrängt den Autobus aus dem Zentrum. In USA. beherrscht die Straßenbahn in den großen Städten über drei Viertel des Straßenverkehrs. Toll ist aber die Unterstellung, als ob Stromlieferungsinteressenten die Erhöhung des Autobusstarfs und die Vornahme des Autobusverkehrs erzwingen hätten. Man wird vom „Berliner Tageblatt“ erwarten dürfen, daß es diese Unterstellung, die ja leicht in der gegenwärtigen Standaltpolitik gewagt werden darf, auch beweist.

Die Brüder Lindemann . . .

Sie hören nicht auf, von sich reden zu machen.

Karl Lindemann, Kommerzienrat von Gnaden des Fürsten Lippe — das Kommerzienratgeschäft soll nach der Abdankung des letzten erlauchten Fürsten Lippe zustande gekommen sein — steht wieder einmal mit seinen Brüdern Otto und Gustav vor einem Berliner Gericht. Der Kommerzienrat will sich mit der hohen Strafe der ersten Instanz von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis und 14 000 Mark Geldstrafe — er wurde im Gerichtssaal verhaftet — nicht abfinden. Ebenfalls sein Bruder Otto mit dem einen Jahr Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe und der Bruder Gustav mit einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 7000 Mark Geldstrafe. Diese Strafen erhielten sie wegen Betruges, Kurstreicherei und Bilanzverschleierung.

Seit vier Jahren schwebt gegen die gleichen Herrschaften ein Verfahren wegen Sprit schmuggels — eine Affäre, für die breite Öffentlichkeit von ganz besonderem Interesse angeht, der abenteuerlichen Fahrten der Lindemannschen Motorjacht „Inge“ — früher hieß sie noch begabender „Nixe“. Es war ein schönes Schiff, leicht und gut ausgestattet, unternahm Reisen nach Schweden, Norwegen und Finnland. Besonders gern fuhr die „Inge“ aber nach der Ostsee. Eines schönen Tages wurde sie aber bei Schwedt a. d. Oder vom Reichswasserschutz angehalten. Und da machte man eine unerwartete Entdeckung: die Jacht hatte einen doppelten Boden und zwischen den Böden fand man Sprit. Wem gelten aber die Spritfahrten der schönen „Inge“. Auch das hatte man bald heraus. Ihre Liebe galt dem stolzen „Pelikan“, einem regelrechten Lantenschiff, das neben dem Feuerlösch „Widergrund“ auf Anker lag und hier der „Inge“ die kostbare Spritabgabe abgab. „Pelikan“ hatte sie aus dem Freiboten Hamburg und aus Danzig ausgeführt. Die Jagd der Zoll-

behörden auf „Pelikan“ blieb erfolglos. Das Schiff entkam, erlitt auf offener See eine Havarie und landete schließlich in seinem Heimathafen Kiel. Hier wartete es geduldig vier Jahre lang, bis die Reichsfinanzbehörden endgültig den Schaden des Staates an hinterzogenem Zoll festgestellt hatte. Er soll nicht mehr und nicht weniger als 750 000 Mark betragen. Nun ist der Schaden endlich festgestellt, die Staatsanwaltschaft hat bereits die Anklage erhoben und demnächst dürften die Brüder Lindemann gemeinsam mit 17 anderen Angeklagten vor Gericht erscheinen.

Vorläufig aber kämpfen die Brüder Lindemann gegen das bereits gefällte Gefängnisurteil. Der Prozeß steht auch in einem gewissen Zusammenhange mit der Spritschmuggelaffäre. Denn, als diese bekannt wurde, traten die Brüder aus ihrem Unternehmen der Brandenburgischen Holz-Industrie A. G. aus, setzten statt sich Strohmannen in den Aufsichtsrat und hatten man freie Hand, um die Betrügereien zu begehen, die sie auf die Anklagebank brachten. Die Aktien der Brandenburgischen Holz-Industrie waren nämlich durch Veräußerung des Grundstückes in Erkner fast wertlos geworden. Und plötzlich stiegen sie rapide an. Von 5 Prozent schwebten sie auf 235 Prozent empor. Während einer von den Brüdern Lindemann überall im Reich, in Hamburg und in Danzig, in Berlin und in Dortmund, in Essen und in Bochum für die Nachfrage nach den Aktien der B.H. sorgte, und so den Kurs künstlich steigerte, kauften die anderen Brüder ihre eigenen Aktien an. Die Kurse stiegen weiter, man rief sich förmlich um die Aktien und plötzlich fielen sie bis auf 1/4 Prozent herab. Die Lindemanns sollen dabei 1 1/2 Millionen Mark verdient, verschiedene Bankinstitute 904 000 Mark verloren haben. Das sind die Brüder Lindemann. Das Urteil scheint ihnen aber zu hart.

Immer wieder: Vorsicht beim Baden!

Zwanzig Berliner sind in den letzten Tagen ertrunken.

In einer Badestelle bei Schildhorn ging gestern nachmittag vor den Augen vieler Ausflügler plötzlich ein junger, etwa 18 bis 20jähriger Mann, in der Habel unter. Von dem alarmierten Reichswasserschutz in Spandau konnte die Leiche erst nach längerer Suche geborgen werden. Die Personallisten des Ertrunkenen sind noch unbekannt. — In der Nähe des Freibades Oberschöne-weide beobachteten in den gestrigen späten Nachmittagsstunden Passanten vom Ufer aus, wie ein Schwimmer in der Mitte des Stromes plötzlich lautlos unterging. Die zur Hilfe gerufene Schönmelder Feuerwehr suchte nahezu zwei Stunden lang vergebens nach der Leiche und mußte die Bergungsoberfläche wegen der hereinbrechenden Dunkelheit schließlich aufgeben. Wer der Ertrunkene ist, bedarf noch der polizeilichen Ermittlungen.

Ueber zwanzig Todesopfer haben die Gewässer in der Umgebung Berlins in wenigen Tagen gefordert. Von der Wasserstraßenverwaltung wird immer und immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die das Baden an verbotener Stelle in sich birgt. Bleisack fällt der Boden schon wenige Meter vom Ufer entfernt sehr steil ab und der des Schwimmens Unkundige ist in den meisten Fällen verloren, wenn nicht augenblicklich tatkräftige

Hilfe zur Stelle ist. Es muß daher dringend vor dem sogenannten wilden Baden gewarnt werden, die alljährlich eine große Zahl von Opfern fordern. Aber auch noch andere wichtige Regeln, die leider immer wieder nicht befolgt werden, sind von den Erholungsuchenden zu beachten. Mit ganz besonderem Gefahren ist das Baden mit leerem oder überfülltem Magen verbunden. Sehr gefährlich ist ferner in erhöhtem Zustande, oder wenn der Körper längere Zeit der Sonne stark ausgesetzt war, ins Wasser zu gehen. In jedem Falle ist es ratsam, vorerst an schattiger Stelle etwas Abkühlung zu suchen und den ganzen Körper vorher stark zu benehen.

Regen auf Bestellung?

Pulverisiertes Kunsteis aus 1000 Meter Höhe gibt den schönsten Sprühregen.

Amsterdam, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Dem niederländischen Techniker Peerari ist es am Mittwoch nachmittag nach vielen vergeblichen Versuchen gelungen, von einem in großer Höhe fliegenden Flugzeug aus auf einer Strecke von 3 Kilometern künstlich Regen zu erzeugen. Das Flugzeug hatte 1500 Kilogramm pulverisiertes Kunsteis an Bord. Es flog im südwestlichen Teile der Zuidersee 2500 Meter hoch. Zwischen 500 und 1000 Metern Höhe war teilweise Bewölkung. Innerhalb eines weit bemessenen Gebietes warf man das Eis ab. In etwa 1000 Metern Höhe wurde es zu Regen, so daß sich über die betreffende Fläche ein dichter Sprühregen ergoß. Die Versuche, künstlich Regen zu erzeugen, sollen schon in den nächsten Tagen in größerem Umfange wiederholt werden.

Nach Pankow mit der Hochbahn.

Die Arbeiten an der Verlängerungsstrecke der Hochbahn über Rordring hinaus bis Pankow sind fast beendet. Auch die neue Endstation in Pankow, die den Namen Bahnhof Binetastraße erhalten wird, steht vor der Vollendung. Die Inbetriebnahme dieser neuen Strecke soll noch Ende dieses Monats erfolgen. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben werden.

Gelbe Kauferzähne. Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Kauchen braun und ungesund wirkten. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B. Hoyt Berg. — Chlorodont: Zahnpasta 60 Pf. und 1 Mk., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.



Eine hübsche Einrichtung der Funkstunde, daß der Schöpfer eines Romans über sich und sein Werk sprechen darf! Diesmal ist Joachim Masch, der Verfasser von „Böhme ohne Rimi“, an der Reihe. Man erwartet, daß jetzt nach Erscheinen des Romans, der Verfasser im Stiel der kritischen Meinungen eine eigene Stellung dem Werk gegenüber einnimmt oder daß er versucht, Wert und Leben zu verknüpfen und bestimmte Beziehungen herauszuheben. Das geschieht nicht. Masch enthüllt sich als ein lebenswützig lächelnder und auch zartmelancholischer Wandlerer, der sein Leben im Illustrierte-Stil behandelt. Das genügt bestimmt nicht, denn man erwartet unter allen Umständen von einer solchen Veranstaltung mehr. In der Reihe „Berliner Beiträge“ behandelt der Reporter Carow eine große Klavierfabrik. Diese Reportage ist ebenfalls ein Ideal wie alle vorhergehenden, aber Carow genügt es, die Produktionsvorgänge anschaulich und sehr einfach zu schildern. Es bleibt dabei gleichgültig, ob im Hintergrunde mehr oder minder schöne Klavierwerke zu hören sind. Ueber das Abendkonzert wird an anderer Stelle berichtet.

Ausgabe von 36 000 000 Reichsmark

Internationale 5 1/2% Anleihe des Deutschen Reichs 1930

Deutsche Ausgabe

Teile der etwa 300 000 000 Dollars (V. St. A.) betragenden Gesamtanleihe werden außer in Deutschland ausgegeben in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Schweden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika.

- Die Anleihe wird ausgegeben in auf den Inhaber lautenden Stücken von 100 RM., 200 RM., 500 RM., 1000 RM. und 5000 RM.
- Kapital und Zinsen dieser Schuldverschreibungen sind in Deutschland bei der Reichsbank in Reichsmark zahlbar, doch können Zinsscheine und rückzahlbare Stücke auch bei den außerhalb Deutschlands für andere Abschnitte der Internationalen 5 1/2% Anleihe des Deutschen Reichs vorgesehenen Zahlstellen zur Zahlung vorgelegt werden. Sie werden dann zum jeweiligen Kurse der Reichsmark in der Währung dieses Landes bezahlt. Unter Reichsmark ist eine Münzeinheit zu verstehen, die eine Münzparität von 1/1000 kg Feingold, wie es im Münzgesetz vom 30. August 1924 vorgeschrieben ist, haben und behalten soll.
- Der Zinsfuß beträgt 5 1/2%; die Zinsen werden halbjährlich am 1. Juni und 1. Dezember, zuerst am 1. Dezember 1930 gezahlt.
- Die Laufzeit der Anleihe beträgt 35 Jahre. Spätestens zum 1. Juni 1965 müssen sämtliche Schuldverschreibungen der Anleihe getilgt sein. Die Tilgung erfolgt durch jährliche Auslosungen zu pari oder durch freihändigen Rückkauf. Falls Verlosungen erforderlich werden, sollen sie im Monat April, erstmalig im April 1931, stattfinden. Die ausgelosten Schuldverschreibungen sind an dem auf die Ziehung folgenden 1. Juni rückzahlbar.
- Das Deutsche Reich ist berechtigt, die Gesamtanleihe, von der die deutsche Ausgabe einen Teil darstellt, ganz oder teilweise, jedoch nur in Beträgen von etwa 30 000 000 Dollars oder einem Mehrfachen hiervon, zum 1. Juni 1935 oder zu jedem folgenden 1. Juni zum Nennwert zurückzuzahlen, wobei alle einzelnen Ausgaben ihrem Umfang entsprechend zu berücksichtigen sind. Die Rückzahlung ist 6 Monate vorher anzukündigen.
- Kapital und Zinsen der Anleihe werden ohne Abzug irgendwelcher gegenwärtiger oder zukünftiger deutscher Steuern ausbezahlt.

Die deutsche Ausgabe beträgt 36 000 000 RM.

Dieser Betrag wird durch die unterzeichneten Bankfirmen unter den nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Der Zeichnungspreis beträgt

90%

zurüglich Stückzinsen vom 1. Juni d. J. bis zum Zahlungstage.

Die Börsenumsatzsteuer geht zu Lasten der Zeichner.

Zeichnungen werden in der Zeit

vom 12. Juni d. J. bis einschließlich 13. Juni d. J.

gemäß dem offiziellen Zeichnungsprospekt von den unterzeichneten Mitgliedern und den Untorbeteiligten des Reichsanleihekonsortiums sowie deren deutschen Zweigniederlassungen während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Vorzeitiger Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

Die Zuteilung der Stücke auf Grund der Zeichnung erfolgt baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist und bleibt dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen. Wünsche auf bestimmte Stückelungen können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit dem Interesse der anderen Zeichner verträglich erscheint.

Ein Anspruch auf Zuteilung kann aus etwa vorzeitig eingezahlten Beiträgen nicht hergeleitet werden.

Die Bezahlung der zuteilten Stücke hat in der Zeit vom 16. Juni d. J. bis 25. Juni d. J. zuzüglich 5 1/2% Stückzinsen vom 1. Juni ab bis zum Tage der Einzahlung bei derjenigen Stelle, welche die Zeichnung entgegengenommen hat, zu erfolgen. Auf Zahlungen vor dem 16. Juni 1930 (erster Einzahlungstag) werden Zinsen nicht vergütet.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe später die Ausgabe der definitiven Stücke durch die Zeichnungsstellen erfolgt.

Die Einführung der Anleihe an den deutschen Börsen wird alsbald nach Erscheinen der definitiven Stücke veranlaßt werden.

Die Schuldverschreibungen sind als verbrieftete Schuldverschreibungen des Reichs gemäß § 1907 BGB. mündelsicher.

Die Deutsche Ausgabe der Internationalen 5 1/2% Anleihe des Deutschen Reichs 1930 kann im Lombardverkehr der Reichsbank beliehen werden und ist auch im Lombardverkehr bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) als Deckung zugelassen.

Berlin, den 11. Juni 1930.

Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen (Ruhr), Frankfurt (Main), Hamburg, Karlsruhe (Baden), Köln (Rhein), Leipzig, München, Nürnberg, Weimar.

- | | |
|---|--|
| Reichsbank. | Preussische Staatsbank (Seehandlung) |
| Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G. | |
| Berliner Handels-Gesellschaft. | Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft. |
| S. B. Eichröder. | Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. |
| Delbrück Schickler & Co. | Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft. |
| Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —. | Dresdner Bank. |
| Deutsche Landesbankzentrale A. G. | J. Dreyfus & Co. |
| Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. | Mendelssohn & Co. |
| Preussische Zentralgenossenschaftskasse. | Eichborn & Co. |
| Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. | Gebr. Arnold. |
| Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien. | |
| Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt). | Sächsische Staatsbank. |
| Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien | |
| Simon Hirschland, Gebrüder Bethmann. | Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank. |
| Lincoln Menny Oppenheimer. | Jacob S. H. Stern. |
| Vereinsbank in Hamburg. | M. M. Warburg & Co. |
| Straus & Co. | A. Levy. |
| Sal. Oppenheim jr. & Cie. | J. H. Stein. |
| Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. | H. Aufhäuser. |
| Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank. | Bayerische Vereinsbank. |
| Merck, Finck & Co. | Anton Kohn. |
| Thüringische Staatsbank. | |

Offizielle Zeichnungsstellen in Berlin sind:

- Reichsbank, Zeichnungs-Abteilung, Hausvogteiplatz 14. — Preussische Staatsbank (Seehandlung). — Gebr. Arnold. — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. — Berliner Handels-Gesellschaft. — Berliner Stadibank-Girozentrale der Stadt Berlin. — S. Bleichröder. — Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale. — Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft. — Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Delbrück Schickler & Co. — Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft. — Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank. — Deutsche Girozentrale. — Deutsche Kommunalbank. — Deutsche Landesbankzentrale A. G. — Dresdner Bank. — J. Dreyfus & Co. — Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — Mendelssohn & Co. — Preussische Zentralgenossenschaftskasse. — Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. — Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien. — A. E. Wassermann.

Vom 11. Juni entfiel sonst noch langem, schwerem Regen mein lieber Vater, Schmeißer, Groß-Urgroßvater und Onkel, der Schriftfeger, Junilibe

Franz Treder
im 81. Lebensjahr.

Im Namen der Hinterbliebenen
Ella Treder
Hilberstraße 10 II

Einsegnung am Gedenktage, dem 14. Juni, nachmittags 8 Uhr, im Krematorium Griefstraße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Nachbarn, der Fernverkehr

Fritz Dahlke
geboren 5. Juni 1881, am 7. Juni 1930 geliebt ist.

Die Einsegnung findet am Donnerstag, dem 12. Juni, 18 Uhr, im Krematorium Baumföhlenweg, Nienhagenstraße, statt.

Am 6. Juni 1930 nach unter Nachbarn, der Fernverkehr

Fritz Borgwitz
geb. 11. August 1894.

Die Einsegnung findet am Freitag, dem 13. Juni, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

Am 10. Juni 1930 nach unter Nachbarn, der Fernverkehr

Georg Umlauf
geb. 1. Juni 1883.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 13. Juni, 16 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligens-Richthofes in Reinickendorf-Bez., Berliner Str. aus statt.

Hohe Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Am 6. Juni nach unter Nachbarn, der Fernverkehr

Ernst Röhrbein
geb. 27. November 1858.

Die Einsegnung hat bereits stattgefunden.

Am 6. Juni nach unter Nachbarn, der Fernverkehr

Oskar Hoppe
geb. 11. Februar 1882.

Die Einsegnung hat bereits stattgefunden.

Am 3. Juni nach unter Nachbarn, der Fernverkehr

Albert Graffunder
geb. 12. Februar 1861.

Die Einsegnung hat bereits stattgefunden.

Hohe Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands
Ortsverwaltung Berlin

Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Nachbarn, die Fernverkehr

Marie Naujoks
verstorben ist.

Hohe Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung, Eisen- u. Revolverdreher und -dreherinnen, sowie Rundscheifer!

Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Eisenstraße 83/85

Außerordentliche Vertrauensmänner-Konferenz
Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenausschüsse.
2. Bewähl der Brancheneleitung.
Das Erscheinen aller Vertrauensmänner ist Pflicht.

Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Beornis, Steinhilber Straße 10

Versammlung d. atomerzeugenden Industrie
Tagesordnung:
1. Bericht der Brancheneleitung.
2. Bewähl der Brancheneleitung.
3. Beschlüsse und Brancheneangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt Pflicht.

Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Verbandshaus des Verbands, Eisenstraße 83/85

Branchen-Versammlung der in d. Geldschrank-Industrie beschäftigten Kollegen
Tagesordnung:
1. Bericht der jeweiligen Geschäftsführer der Brancheneleitungen.
2. Beschlüsse.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist jeder Kollege verpflichtet, unbedingt zu erscheinen.

Achtung! Verwaltungsvermitglieder!
Am Freitag, dem 13. Juni 1930, 10 Uhr, Sitzung bei Willems Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.

Probieren Sie gratis!

Allerbesten deutscher Obstdessertwein, Liter von 0,75 an

Extra prima Pfälzer Weine 1/2 Fl. 0,80
Feinster Riesling u. Liebfraumlich 1/2 Fl. 1,35
Echter roter Sekt „Malvasier“ Liter 1,10
Echter roter spanischer Dessertwein, süß Liter 1,20
Echter roter Burgunder 1/2 Fl. 1,25
Echter süßer Ungarwein 1/2 Fl. 1,75
Echter süßer weißer Bordeaux 1/2 Fl. 1,20
Entre deux Mers, weißer Bordeaux 1/2 Fl. 1,75
Echter deutscher Wermuthwein 1/2 Fl. 1,80
Echter Pilsenerwein, für Kranke 1/2 Lit. 1,80

Himbeer-, Kirsch-, Zitronen-Saft Liter **1.65**
Echte Edel-Liköre 1/2 Fl. **2.95**
Nordhäuser Brantwein Liter **3.30**

Achtung! 1 Liter enthält 1/2 mehr als eine 1/2 Flasche.
Garantiert echte, unverfälschte selbst importierte süße Südweine zu allerbilligsten Tagespreisen

Größtes Spezial-Geschäft Billigste Bezugsquelle für Gastwirte usw.

seiner Art in ganz Deutschland

Weinbrände / Verschnitte / Aquavit / Rum
Eigenfabrikate, feinste Qualitäten, spottbillig
Kostproben gratis, damit sich jeder von der Erstklassigkeit meiner Fabrikate überzeugen kann
Preise ohne Glas!

Brunnenstr. 42 Müllerstr. 144 Chausseestr. 76
Koppenstr. 87 Wollankstr. 98 Wismarplatz 1 (Ecke Boxbagners)

Prenzlauer Allee 50 Petersburger Str. 60
Grünauer Str. 15 Köpenicker Str. 111
Martin-Luther-Str. 86 Wilmersdorfer Str. 157
Neukölln: Berliner Str. 13 Hermannstr. 37
Schöneberg: Kolonnenstr. 9 Steglitz: Schloßstr. 131
Moabit: Wilancker Str. 25 Spandau: Potsdamer Str. 23
Weißensee: Berliner Allee 247 Tempelh.: Berliner Str. 153
Oberschönewalde: Wilhelminenhofstr. 40
Frankfurt/Oder: Richtstraße 73

EDUARD SÜSSKIND

Allen Wanzen Tod und Teufel

Wanzenflut „Mortel“ ist jede Wanse auf der Stelle und zerstört die Brutnestler restlos. Nicht stechen, überall anwendbar. Flasche Mk. - 85, Mk. 1.50 und Mk. 2.40. In Drogerien erhältlich, sonst durch Otto Reibel, Berlin SO, Lindenbühlstr. 4.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pt.

Das fettgedruckte Wort 25 Pt. (zuzüglich zwei fettgedruckte Worte). Stellensuche das erste Wort (fett) 15 Pt., jedes weitere Wort 10 Pt. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 9 Uhr nachmittags in der Hauptexpedition des Vorwärts, Berlin SW, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Dieselbe ist von morgens 8 Uhr bis nachm. 8 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Einzelne, Einlöse, Anleihestr. 9.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Einzelne, Einlöse, Anleihestr. 9.

Möbel

Einzelne, Einlöse, Anleihestr. 9.

Musikinstrumente

Einzelne, Einlöse, Anleihestr. 9.

Kaufgesuche

Einzelne, Einlöse, Anleihestr. 9.

Unterricht

Einzelne, Einlöse, Anleihestr. 9.

Skandale um den Eisenpreis.

Herr Stegerwald als Kartellminister.

Die Schwerindustrie ist an der Arbeit, Herrn Stegerwalds ebenso reaktionäres als dilettantisches Werk, den Schiedspruch von Deynhäusen, in die Praxis umzusetzen. Rohstahl- und Walzwerkverband sind am Donnerstag zusammengetreten, um die Möglichkeiten der Preissenkung zu prüfen, die ab 1. Juni rückwirkend auf Grund der Lohn- und Gehaltsreduzierungen, die zum 1. Juli durchzuführen sind, in Kraft treten soll. Die Dinge müssen so ablaufen, daß sich die Syndikatsbüros zunächst versuchsweise einigen, daß darauf die Verbände nach dem somit zu erwartenden Erlösen feststellen, wie weit sie im Rahmen des verbindlichen Schiedspruchs die Löhne und Gehälter abbauen und daß dann bei den Preisbefestigungen die letzten Korrekturen vorgenommen werden. Denn trotz Stegerwalds Tiraden ist es dabei geblieben, daß die Preissenkung im Rahmen der erparten Löhne und Gehälter bleiben werden.

An der Ruhr lachen auch die Hühner darüber,

daß Herr Stegerwald durch besondere Sachverständige prüfen lassen will, ob die Preissenkung, wie er möchte, die Summe der ersparten Löhne und Gehälter übersteigt; denn die Herren an der Ruhr haben nicht einmal den Reichswirtschaftsminister, der geschäftliche Kontrollrechte hat, in ihre Bücher hineinsehen lassen. Jedenfalls hat Herr Stegerwald durch die Verbindlichkeitsklärung der Schwerindustrie das Feigenblatt geliefert, sich um eine den Markterhältnissen angemessene Preissenkung drücken zu können; er hat als Arbeitsminister dem eigentlichen Kartellminister alle Waffen aus der Hand geschlagen, sich für eine, den gesamtwirtschaftlichen Interessen entsprechende Preissenkung einzusetzen. Das ist der erste Skandal.

Der zweite Skandal besteht in folgendem: Für die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs von Deynhäusen gibt es keine lohnpolitische, höchstens eine konjunkturpolitische Rechtfertigung; die Erwartung nämlich, daß eine Senkung der Eisenpreise die Nachfrage der inländischen Hersteller und ihre Konkurrenzfähigkeit im ausländischen Wettbewerb erhöht. Die Preissenkung muß aber genügend groß sein, um etwas zu fruchten; denn seit März sind die deutschen Hersteller in der Konkurrenz mit dem Ausland wegen der hohen deutschen Rohmaterialpreise furchtbar zurückgeworfen worden. Die englischen Eisenpreise sind um 10 bis 20, die französischen teilweise auch bis 20 Proz. billiger als die deutschen. Wenn die Preise für die deutschen Verbraucher nicht um mindestens 8 bis 10 Mark niedriger werden, kann die Preissenkung die Konjunktur nicht anregen.

Die amerikanischen Stahlwerke haben, obwohl auch sie praktisch ein Inlandsmonopol haben, ihre Stabelfenpreise um 15 und 25 Mark je Tonne, d. h. um 10 bis 13 Proz. gesenkt.

In dem Bewußtsein, daß in einer schweren Krise nur starke Preissenkungen die Wirtschaft beleben können. Die deutschen Verbände aber werden, das scheint schon festzustehen, ihre Tonnenpreise kaum um mehr als 3 Mark ermäßigen. Das ist eine

Preissenkung bei Form-, Stab- und Bandstahl sowie Blechen von noch nicht 2 Prozent! Wo die Materialkosten der Hersteller für Eisen beispielsweise 25 Proz. der gesamten Selbstkosten ausmachen, bedeutet eine Eisenpreissenkung von 2 Proz. eine Verbilligung der Selbstkosten des Weiterverarbeiters um nur 0,5 Proz. Damit kann keine Konjunkturbelebung hervorgerufen werden. Nebenbei sei bemerkt, daß diese 0,5 Prozent Kostenentlastung der ganze Nutzen der Lohnsenkung in der Eisenindustrie wären.

Der Skandal ist aber noch größer: Es ist kein Zufall, daß gerade eine „Dreimark“-Preissenkung herauskommt. Das hängt nämlich mit der Höhe des Lohnanteils in der Eisenindustrie zusammen; der ist aber, eine Folge der riefenhaften Rationalisierung, ganz besonders niedrig: der Lohnanteil im reinen Hüttenprozess beträgt 8 bis 10 Proz., bei der Stabelfenherstellung 12 Proz., im Blechwalzwerk 14 bis 15 Proz. Der Lohnanteil an den gesamten Selbstkosten ist heute auf nicht viel über 20 Proz. zu schätzen. Wenn man 10 Proz. Löhne und Gehälter sparen will, kann man bei einem Lohnanteil = 1/3 der Selbstkosten die Preise nur um 2 Proz. senken! Hier liegt aber der Beweis vor, daß bei einer Senkung beispielsweise der Stabelfenpreis je Tonne um drei Mark die Arbeiterschaft ganz allein die Kosten dafür trägt.

Die Eisenindustrie bringt also nicht das allgeringste Opfer für die Konjunktur.

Offentlichkeit und Eisenverbraucher werden mit einem Schiedspruch betrogen, der so aussieht, als ob die Eisenindustrie auch ein Opfer für die Konjunktur brächte. Der Reichsarbeitsminister hat als urfapatorischer Kartellminister es fertig gebracht, jegliche Parität zwischen Unternehmer und Arbeiter im Opfer für die Konjunktur totzuschlagen — ein Meisterstück, Herr Stegerwald! Die Eisenindustrie muß jetzt unter den schärfsten öffentlichen Druck gesetzt werden, mit einem eigenen Preisopfer die beabsichtigte Preissenkung auf das Mehrfache zu steigern.

Im ganzen müßte diesen Eisenpreisskandalen, da sie im wesentlichen die Folgen einer unhaltbaren Kartellsituation sind — von der freilich Herr Stegerwald keine Ahnung zu haben braucht —, durch eine Aktion des Reichswirtschaftsministers und der Gesetzgebung begegnet werden. Die Aufrechterhaltung der Marktbeherrschung durch die Eisenverbände wäre in der gegenwärtigen Krise nicht möglich, wenn die Kartelle nicht auch die vollständige Herrschaft über die Händler ausüben würden. Wären die Händler den Kartellen nicht ausgeliefert, wären die Wertschöpfungsgesellschaften nicht wieder Instrumente zur Beherrschung der Händler, so hätten sich die Eisenpreise schon längst nicht halten lassen. Eine sofortige Kartellreform wäre nötig, die auch mit dem 100prozentigen Gebietschutz aufräumen müßte, der uns so verteuert, wie er entgegen den Vereinbarungen von 1926 die internationale Unterbietung in der Rohstoffgemeinschaft nicht beseitigt wurde.

bezahlt werden konnten — der Gewinn war sogar so hoch, daß außerdem noch eine Abschreibung um etwa ein Drittel des erhöhten Wertes aller Anlagen möglich war.

So ist denn der Bosh-Bericht einer der wenigen Geschäftsberichte, in dem nicht über das Geschäftsergebnis geklagt wird. Der Umsatz ist aber im zweiten Halbjahr auch bei Bosh zurückgegangen, so daß der Gesamtumsatz nur um 3 Prozent höher als im Vorjahr war; die Zahl der Beschäftigten ging zum Jahresabschluss um 1000 zurück und betrug 9500. Geschäftsrückgang führt stets zu vermehrter Lagerhaltung, das wird bei Bosh nicht anders als sonstwo sein; wenn das Lager trotzdem mit 2 Millionen Mark niedriger bewertet ist, so ist das wieder ein Zeichen für außerordentliche „stille Reserven“. Andererseits sind die flüssigen Mittel — Kasse und Bankguthaben — von 18 auf 25 (!) Millionen gestiegen, „um die mannigfachen Entwicklungsbedürfnisse aus eigener Kraft erfüllen zu können“ — das ist das Glaubensbekenntnis über den Segen der Selbstfinanzierung!

Aus den Mitteilungen des Geschäftsberichts interessiert, daß die Gesellschaft ihren Export in den letzten fünf Jahren so steigern konnte, daß der Hauptteil des Absatzes auf Auslandslieferungen entfällt. Inzwischen ist es auch gelungen, sich mit der American Bosh Magnets Corporation über den Gebrauch des Namens „Bosh“ in Amerika zu einigen, ein Erfolg, der im Hinblick auf die Verbreitung der Bosh-Artikel über die ganze Welt sehr hoch zu veranschlagen ist.

82 Millionen Dollar für Schiffahrt.

Hapag und Lloyd bestanden die Entschädigungszuteilung von 74,24 Millionen Dollar aus den amerikanischen Beschlagnahmungen, stellen aber fest, daß ab 1. Januar 1929 noch 5 Proz. Zinsen hinzukommen, so daß die Gesamtentschädigung sich auf 81,67 Millionen Dollar belaufen wird. Davon entfallen auf Hapag und Lloyd 93 Proz. Zwischen den beiden Gesellschaften wird ein Anteil von 60 Proz. auf die Hapag und ein solcher von 40 Proz. auf den Nord-Lloyd kommen. Der amerikanische Goldsegen soll dem weiteren Ausbau der Interessengemeinschaft Hapag-Lloyd dienen.

Gute Konjunktur für Waggonfabriken.

Für die Waggon- und Maschinenbau-A.G. Gör. l. wird für das am 30. Juni endende Geschäftsjahr ein befriedigender Verlauf gemeldet. Der Umsatz sei infolge größerer Reichsbahnbestellungen und vermehrter Auslandsaufträge gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Es sei wieder eine Dividende von 10 Proz. in Aussicht genommen.

Die Waggonfabrik Josef Rathgeber A.G. in München berichtet ebenfalls für das Ende April abgeschlossene Jahr von größeren Reichsbahnaufträgen und vermehrten sonstigen Aufträgen zu ausländischen Preisen, so daß von Monat zu Monat die Belegschaften vergrößert und der Umsatz um 25 Proz. gesteigert werden konnte. Die jetzigen Aufträge geben bis Ende 1930 reichliche Beschäftigung, und bei auskömmlichen Preisen seien die Aussichten auf den Eingang weiterer Aufträge günstig; die Dividende wird von 7 auf 8 Proz. erhöht.

Der Daimler-Bericht.

Umstellung und Typisierung — Abbau der Belegschaften.

Nach der von uns kürzlich besprochenen Bilanz veröffentlicht der Vorstand der Daimler-Benz A.G. jetzt seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1929. Wenn auch ein Reingewinn in solcher Höhe, daß Dividende verteilt werden könnte, nicht erzielt wurde, so ist das Ergebnis doch nicht schlecht gewesen.

Trotz der rückläufigen Konjunktur in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres, die sich wegen der Zurückhaltung von Staat, Kommunen und Großindustrie in starkem Rückgang des Lastwagenabsatzes äußerte, hielt sich der Gesamtumsatz mit 130 Mill. M. auf der Höhe des Vorjahres, da der gestiegene Absatz von Personenzugmaschinen den Ausgleich brachte. Mengenmäßig ist der Absatz sogar bedeutend höher als im Vorjahr gewesen. Bemerkenswert ist, daß der Absatz in Personenzugmaschinen auch im neuen Geschäftsjahr nicht zurückgegangen ist. Die Rationalisierung scheint nach dem Ausbau des Karosseriewertes Eindeutigkeit vorläufig beendet zu sein, da die Abschreibungen mit 5,8 Mill. zum erstenmal den Zugängen gleichkommen. Aber die Belegschaft hat den „Segen“ der Rationalisierung bitter erfahren müssen: trotz des mengenmäßig gestiegenen Absatzes waren 1929 nur 11 400 Arbeiter gegen 13 000 im Jahre 1928 beschäftigt.

Die Typisierung hat weitere Fortschritte gemacht: an Personenzugmaschinen werden nur noch 4 Typen hergestellt, und auch im Lastwagenbau wurde eine Vereinfachung des Bauprogramms durchgeführt. Die Zukunft des neu entwickelten Rohölmotors wird sehr günstig beurteilt. In gebrauchten Wagen wurde ein Gesamtumsatz von 7 Mill. erzielt, obwohl man die Wünsche der Kundschaft bei Anzahlungnahme gebrauchter Wagen häufig nicht erfüllen konnte. Schließlich sei noch erwähnt, daß immerhin 15 Prozent der ganzen Produktion exportiert werden konnten.

Die großen Gewinne der Ruhrkohle.

Auch der Abschluß der Essener Eisen- und Bergwerks-A.G., Eisen, die in dem Ende März beendeten Geschäftsjahr sich die Essener Steinkohlenwerke A.G. und die Adler A.G. für Bergbau in Kupferdreh angegliedert hat, läßt die Bilanzkonjunktur des Ruhrbergbaues im Jahre 1929/30 erkennen. Der ausgezeichnete Reingewinn der Riesengesellschaft (Bilanzsumme rund 555 Millionen) ist gegenüber dem Vorjahr noch von 25,84 auf 26,11 Millionen gestiegen, wobei vorweg noch 5,03 Millionen auf die Anlagen der Essener Steinkohlenwerke A.G. abgeschrieben zu sein scheinen. Die Aktionäre erhalten die hohe Dividende von 8 Proz. Der Geschäftsbericht liegt noch nicht vor.

Vom Linoleumtrüß.

Zu hohe Lantien — Angliederungsverluste durch Preiserhöhung ausgeglichen?

In der Generalversammlung der Deutschen Linoleumwerke A.G. fragte Aufsichtsrat Dr. Gottschalk, weshalb die Aufsichtsräte 432 000 Mark Lantien bekommen, wenn an die Gesamtheit der Aktionäre nur der siebenfache Betrag der Lantien — bekanntlich 15 Proz. Dividende — ausbezahlt würde. Er fragte auch nach den hohen Kosten für die Eingliederung der „Salino“-Gesellschaft in den Konzern.

Der Aufsichtsratsvorsitzende verteidigte zwar die zehnprozentige Aufsichtsratslantien, mußte aber doch zugestehen, daß durch eine Satzungsänderung die Lantien herabgesetzt werden solle. Die Angliederung der Salino habe sehr viel Geld gekostet, es habe eine ganz außerordentliche Abschreibung gemacht werden müssen, die dafür aufgewendeten 4,8 Millionen Schweizer Franken seien verloren: ohne diese Angliederung hätte die Dividende 5 Proz. höher sein können.

Wir haben kein Interesse daran, ob die Linoleumaktionäre 15 oder 20 Proz. Dividende erhalten. Man erfährt hier aber wahrscheinlich den Grund für die beiden letzten Preiserhöhungen. Obwohl es dem Linoleumtrüß so glänzend geht, daß er aus den Geminnen die Ausdehnung der Konzernmacht buchnäßig abschreiben konnte, hat er auch diese Abschreibungen, wie es scheint, noch durch Preiserhöhungen heringeht. Es erweist sich immer mehr als Legende, daß die europäische Linoleumkonzentration mit der Absicht der Preissenkung vorgenommen worden sei.

Schlechte USA-Konjunktur.

Neuer Sturz der Aktienkurse in New York — Anleihemarkt aber günstig.

Die letzten Tage vor Pfingsten haben in New York bei allen Konjunkturaktien (Eisenbahnen, Stahl, Kupfer, Autos) neue Kursrückgänge gebracht; die Kurse sind teilweise unter die niedrigsten des Jahres 1930 noch hinabgesunken. Nur auf dem Anleihemarkt blieb die Tendenz günstig. Der Rückgang wird auf die Enttäuschung über die ungünstige Konjunkturlage zurückgeführt, die in dem rückgängigen Frachtgeschäft, dem Pessimismus der Eisenindustrie und der sehr geringen Saisonbelegung zum Ausdruck kommt.

Auf den 12 wichtigsten Weltbörsen sind in der Zeit vom 31. Mai bis 7. Juni die Aktienkurse weiter zurückgegangen.

Affäre Philipp-Fehr. Wie der Börsen-Courier meldet, hat das Ehrengericht der Berliner Börse den Antrag auf Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens zurückgewiesen, den Direktor Fehr von der Deutschen Bank- und Diskontogesellschaft auf Grund der von dem früheren Beamten Philipp der Deutschen Bank erhobenen Anschuldigungen selbst gestellt hatte. Die von Philipp beigebrachten Unterlagen hätten keinerlei Anhaltspunkte ergeben, die die Ehre Fehrs und seinen Anspruch auf männliches Vertrauen belasten. Alles in allem seien nur drei bzw. vier Einzelfälle durch Angaben belegt worden. Auch diese Angaben hätten die Vorwürfe gegen Direktor Fehr in keiner Weise erhärtet. Dieser Zurückweisung durch das Ehrengericht der Börse war eine entsprechende Zurückweisung auf Grund einer Untersuchung der Direktion der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft vorausgegangen. Ebenso hat nach dem „Börsen-Courier“ eine von dem zuständigen Finanzamt bei der D.-D.-Bank vorgenommene Prüfung ein negatives Resultat gehabt.

Kommunale Rationalisierungen nach wie vor ein gutes Geschäft. Die Deutsche Ton- und Steinzeug-A.G. in Berlin-Charlottenburg schlägt der Generalversammlung vor, nach kaum verringerten Abschreibungen wieder eine Dividende von 11 Proz. an die Aktionäre zu verteilen.

Aufwärts im BSB!

Glänzende Entwicklung der Sozialen Baubetriebe.

Das Baugewerbe steht zur Zeit schlecht. Aber auch 1929 war nur zum Teil ein günstiges Baujahr. Unter diesen erschwerenden Umständen haben auch die Sozialen Baubetriebe zu leiden. Am 10. erhellender ist es, wenn der Geschäftsführer des Verbandes Sozialer Baubetriebe, Genosse Ellinger, in der letzten Aufsichtsratsitzung über ein günstiges Ergebnis berichten konnte. Folgende Zahlen machen dies besonders klar:

Die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten der dem Verband Sozialer Baubetriebe angeschlossenen Unternehmungen betrug im Jahre 1929 18 524 gegen 17 961 im Jahre 1928. Die Höchstzahl der Beschäftigten betrug 29 242 gegen 26 896. Der Gesamtumsatz lag bei 120,6 auf 137,2 Millionen. An produzierten Löhnen wurden gezahlt 46,6 Millionen Mark gegen 42,2 Millionen Mark im Jahre 1928. Bei der Beurteilung dieser Entwicklungszahlen muß berücksichtigt werden, daß infolge des starken Frostes das Baugewerbe fast vier Monate hindurch an der Tätigkeit behindert war.

Das Stammkapital der Sozialen Baubetriebe stieg von 4,8 auf 5,8 Millionen Mark. Die bilanziellen Reserven erhöhten sich von 1,7 auf 2,3 Millionen Mark. Nicht weniger als 108 Betriebe konnten mit Gewinn arbeiten. Die bilanziell ausgewiesenen Gewinne stiegen von 1,3 auf 1,7 Millionen Mark. Die Gesamterlöse der mit Verlust arbeitenden Betriebe verminderten sich von 707 000 auf 457 000 Mark.

Die Sozialen Baubetriebe haben ihre Existenzberechtigung von neuem klar erwiesen und zeigen durch ihren stetigen Aufstieg, daß die Gemeinwirtschaft im Baugewerbe marschiert. Schlechte Konjunkturen, wie sie in diesem Jahre zu verzeichnen sind, verlagern wohl etwas den Aufstieg, aber zurückzuwerfen sind die Sozialen Baubetriebe nicht. Die Gewerkschaften können jedenfalls auf diesen Teil der praktischen Gemeinwirtschaft stolz sein. Die gesamte Arbeiterschaft und ihre Organe müssen die Sozialen Baubetriebe weiter unterstützen.

Selbstfinanzierung bei Bosh.

Wie wenig Dividentenlosigkeit für die Gewinne bedeutet.

Die Robert Bosh Aktiengesellschaft, Stuttgart, hat den Geschäftsbericht für das Jahr 1929 vorgelegt. Eine Dividende wird auch dieses Mal nicht verteilt, obwohl der ausgewiesene Reingewinn eine Ausschüttung von mindestens 7 Prozent gestattet hätte und obwohl die Gesellschaft so stark verdient hat, daß sie kaum weiß, wie sie die Gewinne verstecken soll.

So führt man unter den Passiven statt des einen gesetzlichen Referendums drei Rücklagenkonten, die etwa 50 Prozent des Aktienkapitals von 30 Millionen Mark erreicht haben (das Handelsgesetzbuch schreibt eine Ansammlung von Reserven von 10 Prozent vor). Das Konto „Anlagen“ ist um 25 Prozent niedriger als voriges Jahr angelegt, obwohl „namhafte Zugänge“ zu verzeichnen waren. Das bedeutet also, daß nicht nur die Rationalisierung, die Umstellung des Betriebes und die Reserven aus den laufenden Einnahmen

Joe Corrie: Das Probeispiel

Der Autor ist ein schottischer Bergarbeiter, hat in den englischen zeitgenössischen Literatur bereits einen verdienstvollen Namen.

Jamie war ein gedorener Fußballspieler. Die Leute sahen ihn schon beim Fußballspielen zu, da er noch ein Schulfeld war. Sie klatschten ihm Beifall und meinten ihm, daß er eines Tages Mitglied eines erstklassigen Profiklubs sein und allen Ruhm, den ein Fußballspieler ernten könne, erreichen werde. Er war zwar ein kleiner „Stüpsel“, aber es konnte sich keiner mit ihm messen.

Jamie gab seine Seele für den Fußball her: samt hatte nichts im Leben für ihn irgendwelche Bedeutung. Es passierte oftmals, daß er die Schule schwänzte, um sich ein Fußballspielchen zu gönnen. Die Mutter schalt ihn wohl oft, daß er die Schule durchgehe, aber wenn der Vater mit Jamie allein war, flüsterte er ihm leise zu, daß er ihm eines Tages ein Paar echte Fußballschuhe kaufen wolle. Der Vater setzte große Hoffnungen auf seinen Jungen, er hoffte, an ihm im Kampfe des Lebens, das ihn allmählich müde gemacht hatte, eine Stütze zu finden.

Jamie war von sieben Kindern das älteste. Er war eines der Kinder, dessen letztes Schuljahr tageweise gegolten wird — dieses letztere Jahr des Kampfes, dieser höllische Dornenpfad, ist ein letztes Schuljahr für einen Proletarierjungen! Durch den Verkauf dieses ältesten Kindes an den Brotgeber erhofft die Familie dann eine Erleichterung. Und trotzdem ist es eine bloße Hoffnung, denn der Lohn ist ja so lächerlich, und dann werden wieder neue und immer wieder neue Kinder ins Leben gesetzt!

Jamie bekam also seine ersten Fußballschuhe aus Anlaß seines fünfzehnten Geburtstages. „Jetzt bin ich erst ein richtiger Fußballspieler“, das war ein Gedanke, und an jenem Tage spielte er auch wie nie zuvor. Er spielte so ausgezeichnet, daß er sofort vom Drittclub „Star“, einem Jungmannschaftsklub, in Beislag genommen wurde. Sein Vater drückte ihm vor Freude die Hand.

Dies ereignete sich am Samstag. Am Montag aber war Jamie bereits eine väterliche Witwe. Das Herz, das der Kummer zerwühlt und die Sorge krank gemacht hatte, fand plötzlich Stille.

Jamie legte seine Fußballschuhe beiseite. Innerhalb eines einzigen Tages hatte sein Leben eine ganz andere Wendung bekommen. Das Leben bedeutete jetzt für ihn einen Kampf. Er mußte jetzt an die Stelle seines Vaters treten. Ein paar hungrige Mägen mußten ernährt werden. Er mußte sich nach einer Arbeit umsehen, die ihm einen reichlichen Verdienst brachte. Wenn er nicht für die Familie sorgen sollte, wer denn? Ja, sein jugendlicher Sinn machte damals stürmische, qualvolle Kämpfe durch. Ein ganzes Jahr lang lagen jetzt seine Fußballschuhe unter dem Bett, höchstens wurden sie für irgendein kleines Spiel mal hervorgeholt. Das Leben hatte ihn härter angepaßt, als er es je für möglich gehalten hätte. Er war der Meinung, daß durch Bestreitung des Lebensunterhaltes allein, durch Herbeischaffen von Nahrung und Kleidung die Sorge gebannt sei. Aber die unerwarteten Anordnungen der jüngeren Geschwister brachten ihm neuen Kummer. Die Lumpen, die er früher nicht wahrgenommen hatte, quälten sein Auge. Nun trug er dafür die Verantwortung! Und bevor er noch 16 Jahre alt war, leistete er die Arbeit eines Mannes, müde und verbraucht, und doch außer Stande, all den an ihn herantretenden Anforderungen zu genügen.

Geld! Geld! und wieder Geld! Dies allein konnte ihm helfen, und auf der Grube konnte er nicht genügend verdienen.

Während einer Nacht, da seine Mutter bittere Tränen vergoß, kamen ihm seine Fußballschuhe in den Sinn. Mit dem Spiele als Profifußballspieler Geld zu verdienen — war das nicht eine Idee? Fußball als Beruf. Das war ihm noch nicht eingefallen, er hatte es stets nur aus Neugier gespielt. So konnte er also wieder seine Schuhe aus und nahm seinen Platz unter der Mannschaft des „Star“.

Diese Saison gewannen sie den „Cup“. Sie spielten das Endspiel günstig mit einem klaren Sieger.

Wohl wenige Leute, die Jamie von Zeit zu Zeit an jenem Tage Beifall klatschten, dachten sich wohl, daß er darbt und nicht einmal die notwendige Kost im Leibe hatte, daß seine Mutter in ihrer Küche so, keineswegs besorgt, wie ihr Bub das Spiel spielen werde, wohl aber angsterfüllt, woher sie den Lebensunterhalt für ihre sieben Kinder für die kommende Woche aufstreifen sollte.

Nach dem Ende des Spieles wurde Jamie dem Direktor eines der führenden englischen Profiklubs vorgestellt. Ob er ein Probeispiel möge wollen?

Jamie wußte nicht, was er darauf antworten sollte: alles war so plötzlich und unerwartet für ihn gekommen. Sam Taylor, der Trainer des „Star“, kam ihm zu Hilfe. „Natürlich wirst du ein Probeispiel machen“, antwortete Sam, ohne Jamie noch seiner Meinung zu fragen. „Und ich sage Ihnen, daß Sie einen glücklichen Fang mit ihm machen! Und daß es dein Glück ist! Sie müssen nämlich wissen, daß das heute gar nichts war gegen das, was er wirklich kann.“ Und Sam schloß mit dem Direktor die Sache ab. Man legte den Tag des Probeispieles fest, die Vergütung, und es wurde vereinbart, daß Sam dem Probeispiel mit Jamie beizuhelfen und alle Ausgaben vorzutragen sollte. Doch Jamie hörte gar nicht, was sie da besprochen: er verweilte im Beiste in der Küche seiner Mutter, ihr die Hand drückend und ihr Befreiung von allen Sorgen versprechend. Ihn schien alles vor den Augen zu verschwimmen. Er wurde nur der Wirklichkeit zurückgegeben, wie Sam sagte, daß er jetzt an Stelle seines Vaters Haushaltsvorstand sei. Und dann spürte er noch, wie man ihm eine Banknote in die Hand drückte.

An jenem Abend aßen sie Lendenbraten und Eier und Pasteten. Sie plauschten von ihrem großen Glück und den herrlichen Zukunftstagen, die ihrer harrten. Und Jamie war so glücklich, die Tränen in seiner Mutter Augen wahrzunehmen, denn diesmal waren es Tränen der Freude!

„Du brauchst dich nicht mehr zu sorgen, Mutter“, sagte Jamie, „ganz England ist uns jetzt so sicher, so wie wir den Cup gewonnen haben, und ich werde spielen, ich werde mich bei diesem Probeispiel zeigen, wie ich es noch nie zuvor im Leben tat: es ist eine große Aussicht für mich, die ich mir nicht entgehen lassen werde.“

In jener Nacht sang die Mutter, während sie die Kinder auslag, seit Jahren, seit vielen Jahren habe sie das nicht mehr getan! So war also wieder die Hoffnung bei ihnen eingelagert, so unerwartet, so wunderbar. Sie vermochte kaum die Wirklichkeit zu fassen.

Die Woche, die jetzt kam, war eine Woche voller Sonnenschein. Jeden Abend kam Sam ins Haus und erzählte ihnen großartige Geschichten von dem Glück, das Fußballspieler gemacht haben, keiner aber könne sich mit Jamie messen, der ja jeder Fall ein gedorener Profifußballspieler war. „Ich weiß sehr wohl, was ich spreche“, sagte er der Mutter, als sie allein beisammen waren. „und Jamie ist einer, wie es unsere Ehnen waren.“ Wie stolz war nicht die Mutter!

Als der Tag des angelegten Probeispieles näher heranrückte, wuchs die Aufregung in dem kleinen Hause. Jamie besah sich jeden Abend mit Sam draußen, um zu trainieren. Auch Sam war an diesen Tagen nicht wenig stolz, er setzte große Hoffnungen auf Jamie und schrie sich sehr viel Verdienst an Jamies Kunst selber zu.

Ein neuer Anzug wurde für Jamie auf Kredit angekauft, und Sam ließ sich seine Schuhkappe reparieren. Am Vorabend des Spieles, bevor die Reise angetreten werden sollte, probierte Jamie zum ersten Male in seinem Leben einen Kragen. Es wurde vereinbart, daß Jamie noch in der Frühe in die Grube gehen und früher heimkommen sollte. Die Mutter wünschte nicht, daß er noch an die Arbeit gehe, doch Jamie zog es vor, um nicht zumiel nachdenken zu müssen, denn er war nervös geworden. Er mußte ja allzugut, was alles auf dem Spiele stand!

„Ich werde zur Reizzeit heimkommen, und dann habe ich noch immer genügend Ruhe, um mir den Kragen anzuziehen“, sagte er lachend, als er beim Morgengrauen zur Türe hinausschritt.

Er kam zur Reizzeit wieder, aber auf einer Tragbahre liegend, bleich und bewußtlos. Der Klang traubener Gerüststalten und des herabfallenden Geräus donnerte noch in seinen Ohren.

Er wurde augenblicklich ins Spital überführt, indes sein Freund Sam nach England dröhtete: „Kommen unmöglich, infolge Unfalls Rückgrat gebrochen.“

Das letztmal sah ich Jamie in einem Amalibidessessel, wie er einem Spiele zusah, bei dem der „Star“ zum zweiten Male den „Cup“ gewann.

Kamer Jamie!

(Berichtete Uebersetzung von J. Reismann)

Jeher um ein Zehntel von Hypophysenstoffung handelte, liegt dem Entwicklung der Riesenformen ein Zuviel des gleichen Stoffes zugrunde. Der Amerikaner Evans behandelte junge Ratten mit Zubereitungen aus der Hypophyse, mit dem Erfolg, daß sie zu Riesenratten heranwuchsen, die mehr als das Doppelte ihrer Geschwister wogen. Nach einer Behandlung von zwei Monaten wog das größte der behandelten Tiere 600 Gramm, wogegen das Gewicht des größten unbehandelten Tieres nur 250 Gramm betrug, also ein Unterschied von 350 Gramm! Es muß dabei berücksichtigt werden, daß das Gewicht von 250 Gramm dem einer normalen Ratte des betreffenden Alters entspricht und daß die Ratten normalerweise selten ein Gewicht von mehr als 300 Gramm erreichen. Uebersetzen wir diese Ergebnisse auf menschliche Gewichtverhältnisse, so würde das Gewicht der Riesenratte einem Gewicht von 150 Kilogramm beim Menschen entsprechen!

Die gleichen Erscheinungen des Riesenwachstums wie bei den Ratten ließen sich auch bei jungen Hunden beobachten, die mit den gleichen Zubereitungen aus der Hypophyse behandelt wurden.

Auch zu diesen Befunden im Tierexperiment kennen wir Parallelen aus der Beobachtung riesenwüchsiger Menschen. Bei gewissen menschlichen Riesen hat man eine deutliche Vergrößerung der Hypophyse feststellen können, die uns zu der Vermutung berechtigen, es habe sich bei diesen menschlichen Riesen um die Wirkung einer Ueberproduktion des Hypophysenstoffes gehandelt. Diese Ueberproduktion tritt besonders deutlich bei einer Krankheit, der sogenannten Akromegalie, zutage, die sich dadurch auszeichnet, daß die von ihr befallenen Personen vorgezeichneten Alters ein Riesenwachstum gewisser Teile des Körpers: der Hände, der Füße, des Kinnes und der Nase aufweisen. Bei dieser Erkrankung ist die Hypophyse gewaltig vergrößert, und die Behandlung muß daher in einem Versuch, die Hypophyse zu verkleinern, bestehen. Diese Verkleinerung wird entweder durch Röntgenbestrahlung oder durch eine operative Entfernung der Hypophyse erreicht, und die Ergebnisse sind, wenn der Eingriff glückt, überaus günstig: das Riesenwachstum macht halt, und eine Reihe anderer schwerer Erscheinungen wird beseitigt, der Kranke dem Leben wiedergegeben.

Dr. H. E. von Voss-Mannheim.

Beim Wunderdoktor

Da ist in einem Kletterdorf ein braver Vieh- und Bauerndoktor. Kein Quacksalber, o nein! Aber er kennt seine Leute und weiß die eigenartigen Bauernschädel zu behandeln. Sein Weib führt ihm die Wirtschaft in dem kleinen, einsamen Gehöft hoch oben in den Bergen. Ordinationszimmer ist die geräumige Bauernstube. Ein mächtiger Ofen steht darin, Tische, Stühle, Bänke. Durch die beiden ängstlich verschlossenen Fensterdrühen grüht der junge Bergstrahlung mit hellem Sonnenschein. Ueberall in der Natur das große Reimen, Knospen und Blüten. Auch in Mensch und Tier — es bringt manderteil Beschwerde mit sich, der alte Wunderdoktor hat viel zu tun.

Naht sich dem Hof ein Patient, führt ihn die Bäuerin in die Stube. „Was willst denn du?“

„Deinen Mann, den Doktor, möcht' ich.“

„Er ist zu einer tranken Ruh nach Hintertenoben.“

„So?“ Bedrücktlich setzt sich der Patient auf die Ofenbank.

„Wauk.“

„Wann kommt er denn zurück?“

„Ich weiß nicht; du weißt wohl, er weiß es auch nicht, noch dazu bei einer Ruh. Es kann bald sein, es kann aber auch länger dauern“, antwortet des Doktors Weib mit einem schneuen Blick nach der offenstehenden Rauchkammerluke über dem Ofen. Und aus dem Loch des in die Speckstammer führenden Rauchschachtes im Rücken des geduldig harrenden Kranken redt sich plötzlich vorfichtig der lahle Schädel des Bauerndoktors. Schnell führt sein Weib in der Stube das begonnene Gespräch mit dem Patienten fort:

„Wo fehlt's denn eigentlich?“

„Am Magen fehlt's.“

„Hast was Unreines gegessen?“

„Ich weiß nicht.“

„So — was hast denn heut gegessen?“

„Ändel.“

„Und gestern?“

„Auch Ändel.“

„Und vorgestern?“

„Auch.“

„Ja — ist du denn nichts anderes?“

„Rein, mit sechzehn Ändel im Tag hab' ich genug.“

„So — dann weiß ich nicht.“

„D, ich weiß schon. Möcht' nur wissen, ob es dein Mann, der Doktor, auch los hat. Ob er es versteht, was mir fehlt, verstehtst du: Ein kaltes Bier hab' ich getrunken, in die Hüg' hinein, letzten Sonntag.“

„Ah, und da hast dir halt den Magen verfühlt, erfälsel!“

„Jamohl. Ich hab' zwar gleich Schweinefett aufgelegt und auch ein Stück Hundesleber gegessen, aber es hilft alles nichts; hab' auch kein Vertrauen mehr in die Arzneibermittel.“

In der Rauchkammer verschwindet der Schädel des Wunderdoktors. Die Bäuerin erhebt sich und wirft einen Blick aus dem Fenster.

„Sieh, du hast aber Glück, jetzt kommt er.“

Und schon steigt die Haustüre auf und der Doktor tritt, schnaufend vom weiten Marsch und mit lehmochspritzten Stiefeln, ein. Kurz mustert er den verdrießlichen, mißtraulichen Kranken, sticht ihm die Augen ins Krüppel.

„Ich seh' schon, weiß alles. Braucht mir nichts zu erzählen. Im Magen fehlt's dir. Du hast zu deinen sechzehn Ändeln am Pfingstsonntag ein eisalktes Bier geschüttelt, beim Regelschießen natürlich, jamohl! Und damit nicht genug, legst du dir noch altes Schweinefett auf den Bauch und frisst Hundesleber. Pfui Teufel, daß ihr euch immer erst ganz verderben müßt, bevor ihr den Weg zu mir findet! Na — ich will dir ein Pulverle machen; billig ist's ja nicht, aber ich werd' es dir billig rechnen, du dumme Kerl, du!“

Max Bernardi.

Wie entstehen „Riesen“ und „Zwerge“?

Neue Forschungen

Riesen und Zwerge spielen bekanntlich in den Märchen fast aller Völker eine große Rolle; wir können aber auch heute noch Vertreter dieser Fabelwesen beobachten, wovon sich jeder überzeugt hat, der einmal die „Riesendüne“ auf dem Jahrmarkt in eine Disputantenrunde im Varieté gesehen hat.

Aber nicht nur beim großen Publikum, auch bei der Wissenschaft haben diese Extreme der Entwicklung ein lebhaftes Interesse erregt, und an Erklärungsversuchen für das Zustandekommen solcher Abnormitäten hat es nicht gefehlt. Erst in neuerer Zeit aber ist es gegliedert, dem Wesen wenigstens eines Teils dieser Mißbildungen (denn um solche handelt es sich) näherzukommen. Auch hier wie auf vielen anderen Gebieten der normalen und krankhaften Entwicklung der höheren Tiere und des Menschen hat die Lehre von den „innersekretorischen Drüsen“ viel zum Verständnis und zur Erklärung der Erscheinungen beigetragen. Es ist jetzt fast jedem Gebildeten eine geläufige Tatsache, daß gewisse Organe unseres Körpers, wie die Schilddrüse, die Nebennieren, die Bauchspeicheldrüse u. a. in ihren Zellen Stoffe erzeugen und ans Blut abgeben, die für die normale Entwicklung und Funktion unseres Körpers von ausschlaggebender Bedeutung sind. Eben weil sie die Produkte ihrer Tätigkeit nicht, wie andere Drüsen, nach außen, sondern ins Blut abgeben, werden sie als „innersekretorische Drüsen“, auch wohl als „Blutdrüsen“ bezeichnet. Der Einfluß der in ihnen gebildeten Wirkstoffe, die unter dem Namen der „Hormone“ bekannt sind, ist außerordentlich vielseitig; und unter anderen Einflüssen ist derselbe auf das Wachstum des Körpers und seiner Teile besonders auffallend und bedeutungsvoll.

Es bestehen drei Möglichkeiten bei der Entwicklung und dem Wachstum eines Individuums: entweder verlaufen die Entwicklungsprozesse normal und führen zu bestimmter Zeit zur Bestätigung eines seinen Größenverhältnissen der Norm entsprechenden Wesens; oder aber das Individuum bleibt in Entwicklung und Wachstum zurück und erreicht die normalen Proportionen nicht; wir haben es dann mit einer Zwergform zu tun. Oder aber das Wachstum über die Norm hinaus, so kommt es zur Ausbildung von Riesenformen, die in ihren Dimensionen jene Grenzen überschreiten, innerhalb derer die normale Variationsbreite der betreffenden Tierform liegt.

Von besonderer Bedeutung in dieser Zusammenlegung ist nun die Rolle einer bestimmten Drüse, des sogenannten Hypophysen oder der Hypophyse.

Dieses kleine Organ, das an der Basis des Gehirns in einer Speichendrüse, dem sogenannten „Türkennissen“, liegt, wiegt beim erwachsenen Menschen etwa 0,62 Gramm also nur etwa ein Hunderttausendstel des gesamten Körpergewichts und trotzdem besitzt es einen gewaltigen Einfluß auf die gesamte Entwicklung.

Schon früher hatten der Wiener Forscher Wisniewski und der amerikanische Chirurg Cushing zeigen können, daß die operative Entfernung der Hypophyse bei jungen, 6 bis 8 Wochen alten Hunden einen geradezu vollkommenen Stillstand des allgemeinen Körperwachstums bedingt; die operierten Hunde nehmen fast gar nicht mehr an Gewicht zu, nach vielen Monaten nach der Operation wiegen sie nur etwa ein Drittel oder ein Viertel von dem, was ihre nicht operierten Brüder oder Schwestern wiegen. Auch sonst ist der Stillstand der Entwicklung überraschend: die Tiere behalten bis ins hohe Alter das weiche Wolhaar der jungen Hundewelpen, der Zahnwechsel bleibt aus, das Milchgebiß besteht weiter und schließlich ist auch die geschlechtliche Entwicklung vollkommen gehemmt.

Die gleichen Erscheinungen des vollkommenen Wachstumsstillstandes stellten später andere Forscher auch bei jungen Ratten fest, denen die Hypophyse entfernt wurde. Hier aber konnte eine weitere entscheidende Beobachtung gemacht werden, die endgültig bewies, daß es wirklich das Fehlen der Hypophyse war, welches für diese Erscheinung verantwortlich gemacht werden mußte, und nicht etwa der immerhin nicht leichte chirurgische Eingriff. Es gelang nämlich bei diesen hypophysenlosen Ratten, durch Ueberpflanzung von Drüsen anderer Ratten das zum Stillstand gekommenes Wachstum erneut in Gang zu bringen, so daß sich die Tiere normal weiter entwickeln konnten.

Die Versuche mit Entfernung der Hypophyse hatten somit gezeigt, daß sich unter dem Einfluß des Hypophysenmangels Zwergformationen entwickeln. Auf Grund dieser Tierexperimente konnte man nun mit Sicherheit behaupten, was man früher nur vermuthungsweise ausgesprochen hatte: daß nämlich auch gewisse menschliche Zwerge ihre ungenügende körperliche Entwicklung einem Fehlen der innersekretorischen Tätigkeit ihres Hirnhirns zu verdanken hätten. Eine solche Erkenntnis eröffnet zugleich auch die Aussicht, durch künstliche Zufuhr des Wirkstoffes der Hypophyse diesen Kranken zu helfen und sie einer normaleren Entwicklung zuzuführen.

Das Experiment hat uns aber weiter gelehrt, daß auch das Gegenstück der Zwergform, die Riesenform, unter dem Einfluß der Hypophyse sich entwickeln kann. Während es sich aber bei

Ein neuer See. Das kleine italienische Dorf Lepriano, etwa 40 Kilometer von Rom entfernt, ist durch eine merkwürdige Naturerscheinung bekannt geworden. Im Jahre 1895 zeigte sich hier nämlich plötzlich in der Nacht ein geheimnisvoller See, der dann verschwand, noch einmal auftauchte und dann wieder abnahm, bis er am 1. Februar dieses Jahres verschwunden war. Nun wagt der See sich aufs neue und erragt dadurch großes Aufsehen in der Nachbarschaft. Die Geologen suchen die ängstliche Bevölkerung dadurch zu beruhigen, daß sie die Ursache dieser Erscheinung nicht auf vulkanischen Ursprung zurückführen. Man ist vielmehr der Ansicht, daß das Auftreten des Sees durch unterirdische Höhlen hervorgerufen wird, die ihrerseits durch die Tätakeit des kalten Untergrundwassers entstanden sind.

Ein Mißblatt für Blinde. Die Blindenliteratur nimmt in neuester Zeit durch Anwendung des Scherensystems nach dem Braille-System immer mehr zu. Jetzt erhalten die englischen Blinden sogar ein Mißblatt, da der berühmte „Punch“ Monatsausgaben seiner wichtigsten Beiträge in Blindenschrift veranstaltet und die Bilder in kurzen Sätzen erläutert.